

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Mauern an den Grenzen führen
zu Mauern in den Köpfen
Nurten Yilmaz

Waldheim –
wie es wirklich war
Interview mit Georg Tidl

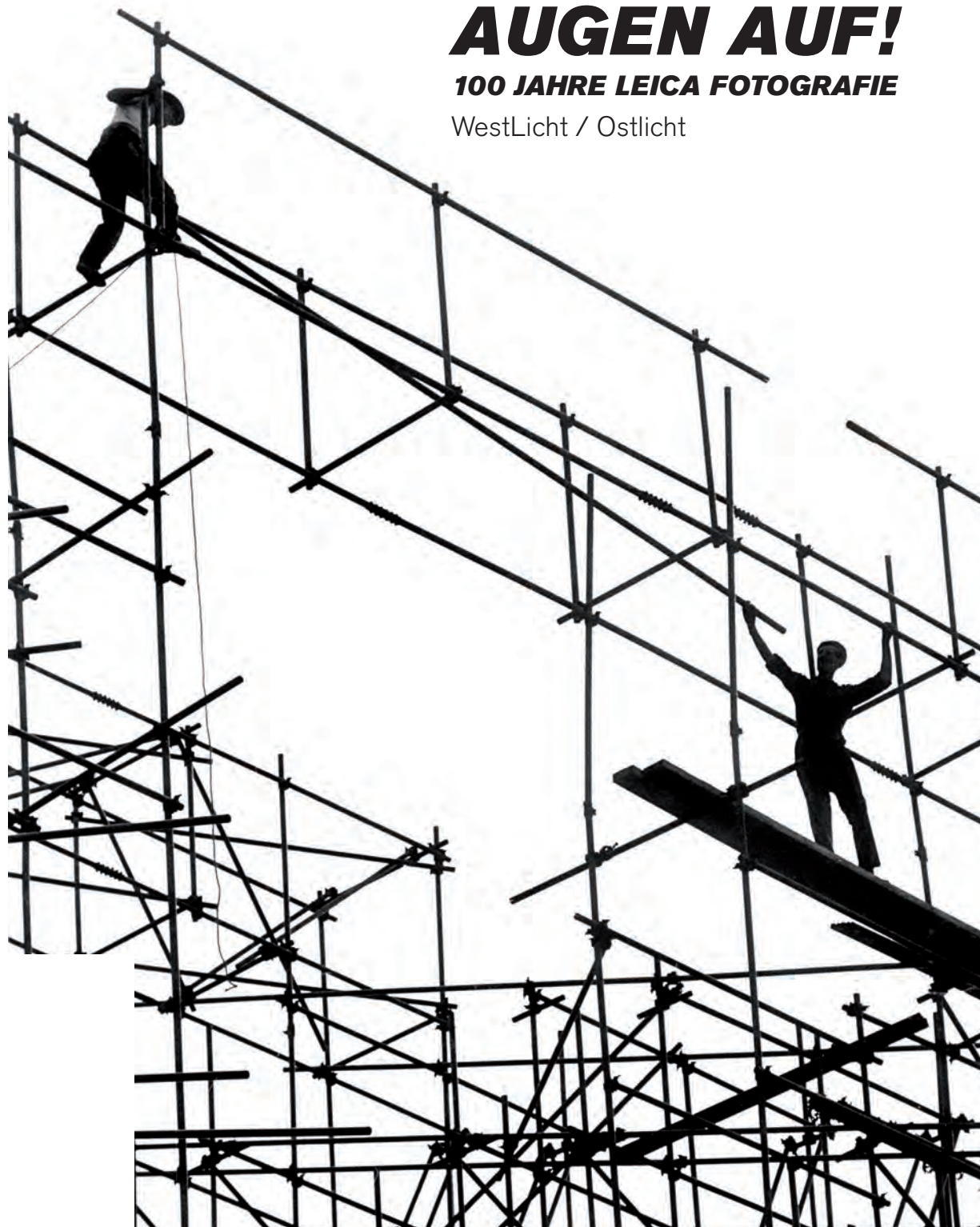
100 Jahre
Josef Hindels
Erwin Lanc

Tunesien – Demokratie
braucht sozialen Fortschritt
Muna Duzdar

AUGEN AUF!

100 JAHRE LEICA FOTOGRAFIE

WestLicht / Ostlicht



EDITORIAL

Die öVP bemüht sich derzeit mit aller Kraft darum, dass wirklich jeder versteht, dass sie die Koalition mit der SPÖ lieber heute als morgen beenden will. Während öVP-Klubobmann Lopatka die kompensationslose Abtretung des Arbeitsministeriums verlangt, um es »wie früher« (unter Schwarz-Blau) mit dem Wirtschaftsministerium zu vereinen, ruft Wirtschaftskammer Leitl offen zum Bruch der Koalition und einem Arbeitsübereinkommen mit der FPÖ auf. Wie reagiert die SPÖ? Sie verlangt ein Bekenntnis zur Koalition und begnügt sich mit der höhnischen Stellungnahme aus dem Büro Mitterlehners, die SPÖ solle doch nicht wegen jedes »Diskussionsbeitrags« nervös sein.

So sieht also ein Bekenntnis der öVP zur Koalition aus. Umgekehrt bemüht sich die SPÖ-Spitze mit aller Kraft darum, dass wirklich jeder versteht, dass sie an der Koalition mit der öVP um nahezu jeden Preis festhalten will: Ob mit dem aktiven Mitspielen im täglichen Asyl-Wahnsinn der Innenministerin, dem Herumlavieren bei der dümmlich-bösartigen öVP-Forderung nach der Kürzung der Mindestsicherung oder mit der Bereitschaft, eine neue Pensionsdebatte zu führen. Niemand der Schwarz-Blau erlebt hat, wünscht sich diese Regierung wieder. Der aktuell beschrittene Weg scheint aber die sicherste Methode zu sein, diese Regierungsform durch Selbsterstörung der Sozialdemokratie für lange Zeit in Österreich zu etablieren. Die Auslieferung an die öVP ist ebenso wenig eine Perspektive, wie die Annäherung an die FPÖ, wie sie die von Verteidigungsminister Doskozil personifizierte neue Asyl-Linie darstellt. Ersteres bringt die Partei langsam um, zweiteres gefährdet ihre Einheit.

Es wäre Zeit, selbst in die Offensive zu gehen. Nicht mit Herkules-Maschinen gegen Flüchtlinge, sondern mit konkreten Forderungen gegen die zynischen Unverschämtheiten der öVP und der Wirtschaftsvertreter. Mit einer Vermögenssteuer könnte auf zusätzliche Einnahmen aus der Registrierkassenspflicht zur Not verzichtet werden; mit einem ernsthaften Bonus-Malus-System kann das faktische Pensionsalter weiter angehoben werden. Mit einem milliardenschweren Beschäftigungspaket kann Österreich ganz konkret gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen. Wenn die öVP die Koalition schon bricht, dann sollte sie es zumindest deshalb tun, weil die SPÖ grundsatzfest war. Und nicht weil sie einen Partner, der jede Selbstachtung verloren hat, bei erster Gelegenheit entsorgt.

In dieser Ausgabe setzt sich natürlich auch die Diskussion um den neuen Asyl-Kurs mit einem Debattenbeitrag fort:

Nurten Yilmaz argumentiert, warum **Zäune an den Grenzen** nur zu neuen **Mauern in den Köpfen** führen.

Anlässlich des beginnenden Bundespräsidentenwahlkampfes wirft **Erich König** im Gespräch mit **Erich Tidl** einen Blick 30 Jahre zurück: Damals wurde durch Recherchen des ORF-Journalisten die **Kriegsvergangenheit** des öVP-Präsidenten kandidaten **Kurt Waldheim** publik.

Einen anderen Rückblick stellt die **Würdigung Josef Hindels** zu seinem hundertsten **Geburtstag** durch **Erwin Lanc** dar, der nach 1945 mit dem damaligen SJ-Verbandssekretär zusammengearbeitet hatte.

Stefanie Vasold analysiert in ihrem Beitrag die Reform des **Erlasses zur Sexualerziehung** an Schulen, der vor einem halben Jahr in Kraft getreten ist. Die heftigen **Proteste** einer kleinen Gruppe **christlich-fundamentalistischer Eltern** ist aus ihrer Sicht nicht nur sachlich ungerechtfertigt, sondern v.a. auch politisch als Teil eines breit angelegten Angriffs auf Geschlechtergerechtigkeit und Feminismus zu sehen.

Die **aktuellen Probleme** und das drohende Scheitern der europäischen **Wirtschaftskonvergenz-Politik** beschäftigt **Stefan Brocza** in seinen Ausführungen.

Muna Duzdar berichtet über den **Staatsbesuch** einer von Bundespräsident **Heinz Fischer** geführten **Delegation** in **Tunesien** und die aktuelle politische Lage im Land. Österreich und die EU sind gefordert, zum Abbau sozialer Spannungen im Land beizutragen und das Erfolgsbeispiel des »Arabischen Frühlings« auf stabilem, demokratischem Kurs zu halten.

Nach den **Buchstipps** rundet schließlich das Schlusswort von **Markus Marterbauer** diese Ausgabe ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen!

Inhalt



Hans Silvester
Stahlgerüstmontage, ca. Ende der 1950er Jahre
© Hans Silvester / Leica Camera AG

- 6 Mauern an den Grenzen führen zu Mauern in den Köpfen**
VON NURTEN YILMAZ

- 12 Waldheim – wie es wirklich war**
INTERVIEW MIT GEORG TIDL

- 18 100 Jahre Josef Hindels**
VON ERWIN LANC

- 24 Hemmungslos gegen Gleichheit**
VON STEFANIE VASOLD

- 34 Europa zwischen Konvergenz und Divergenz**
VON AȘTEFAN BROČZA

- 42 Tunesien – Demokratie braucht sozialen Fortschritt**
VON MUNA DUZDAR

- 48 Buchtipps**
Sachliches & Belletristisches

- 50 Budget: Falsche EU-Prognosen und richtige Politik**
SCHLUSSWORT VON MARKUS MÄRTERBAUER

Mauern an den Grenzen führen zu Mauern in den Köpfen

Nach der Debatte um den als »bauliche Maßnahme« abgetanen Grenzzaun im Süden Österreichs folgte kürzlich ein Richtungsschwenk der Regierung in der Flüchtlingsfrage. Nurten Yılmaz thematisiert dagegen die Notwendigkeit einer lösungsorientierten Politik, die sich an Solidarität, statt an Grenzmauern orientiert.

Ende Jänner hat sich die rotschwarze Koalitionsregierung bei einem »Asylgipfel« auf die Einführung einer Flüchtlingshöchstzahl geeinigt. Damit wurden die Unterschiede zwischen roter und schwarzer Flüchtlingspolitik in der Bundesregierung eingestampft. Die einzige Differenz liegt in der Terminologie: Bundeskanzler Werner Faymann spricht von einem »Richtwert«, die ÖVP von einer »Obergrenze.« Kern der Vereinbarung: Österreich soll 2016 nur noch 37.500 AsylbewerberInnen aufnehmen, bis 2019 sollen es insgesamt maximal 127.500 sein.

POLITIK DER SIGNALE ...

Man wolle damit ein Signal an die anderen europäischen Staaten setzen, so erklärten Kanzler und Vizekanzler unisono. Auch diese sollten ihrer Verantwortung nachkommen. Das Signal ist angekommen. Mehrere andere Staaten schalten ebenso auf »Grenzen dicht«. Der Domino-Effekt, den manche wie z.B. Außenminister Kurz auch herbeigesehnt haben, tritt ein, und die Nationalstaaten bauen nationale Grenzzäune und setzen auf Abschreckung. Jeder will für sich Flüchtlingsströme umleiten und abhalten, was neben dem damit produzierten menschlichen Leid nicht nur die Schlepperindustrie wieder ankurbelt, sondern die europäische Idee selbst unterminiert. Die von der EU-Kommission und dem EU-Parlament angestrebte quotierte Aufnahme und Verteilung von 160.000 Flüchtlingen (»relocation«) durch Staaten wie Tschechien, Ungarn, Slowakei oder Polen ist dagegen weiter entfernt denn je.

Durch die politische Ankündigung, mit einer Obergrenze völkerrechtliche Verpflichtungen notfalls zu suspendieren, schert Österreich aus der bisherigen Koalition mit Deutschland und Schweden aus. Es waren bisher wir, die gemein-

sam mit diesen beiden Staaten in Europa die rechtsstaatlichen Standards hochgehalten haben und den Flüchtenden anständig und menschlich begegnet sind. Das tun abertausende Menschen in Österreich immer noch, die sich täglich in der Fluchthilfe engagieren. Zu Recht, und auch ein bisschen mit Stolz, denn was hierzulande seit Monaten an konkreter Integrations- und Unterbringungsarbeit geleistet wird, ist grandios und knüpft an unsere historischen Erfahrungen an (Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Balkankrise). Trotz der ganzen Probleme und der Widrigkeiten, die der lokalen Bevölkerung mitunter vom Innenministerium in den Weg gelegt werden. Trotz des heftigen Gegenwinds der Boulevardmedien und der Nationalisten. Diesen Menschen, die konkrete, sozialdemokratische Praxis an den Tag legen, müsste die Politik eigentlich unter die Arme greifen und sie unterstützen. Ebendiese Menschen können sich nun von den konservativen Kräften anhören, dass ihre »Willkommenskultur« mitschuldig daran sei, dass so viele schutzsuchende Menschen nach Österreich kämen. Was für eine Chuzpe!

Anstatt hier dagegen zu halten und diesem nationalstaatlichen »Wettbewerb nach unten« – Attraktivität senken, Mauern bauen, Abschrecken etc. – eine internationalistisch-europäische Position der Solidarität und Rechtsstaatlichkeit entgegenzusetzen, verlässt man den bisherigen Kurs. Egal, ob man das jetzt als Schwenk, Einknicken oder als verspätete Einsicht interpretieren mag. Es ist jedenfalls ein Signal, das auch in Richtungen strahlt, die von Bundeskanzler Faymann nicht beabsichtigt war. Angela Merkel zum Beispiel war »not amused« über den Kursschwenk Österreichs. Auch die Kritiker ihrer Flüchtlingspolitik, von CSU bis AfD, haben nun ein »Argument« mehr. Und die nationalistischen Autokraten, wie Ungarns Premier Viktor Orban sowie die nationale Rechte

wie Marine Le Pen, fühlen sich dadurch in ihrer fremdenfeindlichen Abschottungs- und Festungspolitik durch einen sozialdemokratischen Premier bestätigt. »Wir haben es ja immer schon gesagt«, propagieren nun jene, die immer schon für die Errichtung von Zäunen und die Militarisierung der Flüchtlingspolitik eingetreten sind.

Das ist aber ein unweigerlicher und vorhersehbarer Kollateralschaden. Jetzt kann man einwenden, dass die aktuelle Situation betreffend Zuwanderung innerhalb Europas äußerst konfus ist. Frau Merkel hält als Konservative an einem menschenrechtlichen Kurs fest, während der sozialdemokratische Premier Robert Fico in der Slowakei einen strikten Ausländer-Raus-Kurs fährt. Diese Orientierungslosigkeit mancher sozialdemokratischer Politiker in der Flüchtlingsfrage darf aber nicht als Ausrede oder Rechtfertigung für das Handeln im eigenen Land dienen.

... AUS MANGEL AN EINER EIGENEN ERZÄHLUNG

Und damit sind wir wieder in Österreich. Das wichtigste Signal des Asylgipfels der Bundesregierung geht nämlich an die Sozialdemokratie selbst. Es heißt: Die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit haben eine Obergrenze (einen Richtwert). Ist sie überschritten, dann gelten sie nicht mehr. Genauer gesagt gelten sie ab Bekanntgabe der »Richtwertobergrenze« nicht mehr.

Das ist falsch und fatal. Falsch, weil der Regierungsbeschluss dem eigenen Parteiprogramm widerspricht. »Völkerrecht muss vor nationalem Recht gelten und vor allem über nationalen Interessen stehen.« Dieser Satz steht im geltenden Parteiprogramm der SPÖ im Kapitel »Globale Gerechtigkeit schaffen«. Laut Völkerrecht haben Kriegsflüchtlinge einen Anspruch auf Asyl. Und zwar unabhängig davon, wie viele Menschen um Asyl ansuchen. Dieser Anspruch ist durch den Regierungsbeschluss begrenzt worden. Noch schlimmer. Es geht dabei nicht um Petitessen oder Seitenthemen der politischen Arena. Nein, es geht um den sozialdemokratischen Kern: um Soziales, um den Umgang mit den Ärmsten, eine menschenrechtsbasierte und eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Damit ist die Sozialdemokratie im Begriff, eine ihrer letzten Vertrauensbastionen zu verlieren. Denn wer, wenn nicht SozialdemokratInnen machen Politik für die ganz unten auf der Sprossenleiter der Lebensbedingungen? Wenn die SPÖ dies aufgibt, dann gibt es niemand anderen, der sich darum

kümmert. Dann haben die Neoliberalen das sozialpolitische Sagen. Samt privatisierter Armut. Oder die Christlich-Konservativen. Dann gibt es Charity-Aktionen statt Anspruch auf staatliche Hilfe. Oder Umweltbewegte, deren Tunnelblick die am Rande der Gesellschaft gar nicht wahrnimmt. Oder Nationale mit »Kraft durch Freude«-Aktivitäten für »Inländer« samt wirtschaftsliberalem Kurs im Hintergrund.

Das sind allesamt grässliche Aussichten. Wer will, kann sie schon heute besichtigen. In den USA das Individualisieren der »Schuld« an Arbeitslosigkeit und Armut. In Ungarn die »Brot und Spiele«-Politik, die das Ausland, Roma und andere Minderheiten zu Schuldenböcke für soziale Versäumnisse machen. Oder in Polen, wo frömmelnde Ängstlinge die Sozialpolitik zu einer Art Kirchenpolitik erklärt haben. Polens kerzensgesättigte Nomenklatura mit ihrem schrägen Frauenbild betet die heilige Jungfrau Maria ja grenzenlos an. Ginge es nach den heutigen Herrschern Polens, müsste ebendiese angebetete Maria den Retter der Menschheit heute im Flüchtlingsstau vor der Grenze zur Welt bringen.

Zurück zu unserer SPÖ: Die Partei ist in der Flüchtlingsfrage gespalten. Die einen sehen Österreich »überschwemmt« von Flüchtlingen und dadurch am Rande der Leistungsfähigkeit. Die anderen berufen sich auf Menschenrechtskonvention und Bundesverfassung – und auf die Grundwerte der Sozialdemokratie. Ironischerweise tun das auch die Befürworter von Obergrenzen. Sie argumentieren: »Wenn wir nicht die Stopp-taste drücken, geht der gesamte Sozialstaat den Bach runter und wir werden nicht mehr gewählt.«

DIE 1970ER-JAHRE SIND VORBEI

Es ist einmal festzuhalten: Frauen, Männer, Kinder, es wird die seligen 70er-Jahre nicht wieder geben. Die Zeit, als sozialdemokratische Reformen das Land belebt und durchlüftet haben. Es wird auch die 90er-Jahre nicht mehr geben. Die Jahre, als weit hinten in der Türkei irgendwer irgendwem mit dem Panzer ins Dorf gefahren ist, und niemand hat sich aufgeregt. Auch die 2000er-Jahre sind vorbei, als die EU die Mubaraks und Gaddafis dieser Welt bezahlt hat, damit sie Flüchtlinge von der Reise übers Mittelmeer abhalten. Europa wird lernen müssen, zu teilen. Denn es sind auch europäische Hochseefischer, die den Flüchtenden in Afrika die Küsten leerfischen; es sind auch österreichische Waffen, mit denen in Syrien geschossen wird und es ist unser subventioniertes Gemüse und Fleisch, das in Afrika den lokalen Bauern den Markt kaputt macht. Europa hat es sich früher leisten können, Gewinne

auf Kosten der armen Regionen der Welt zu machen, ohne die Konsequenzen befürchten zu müssen. Jetzt gedeihen die Gewinne für ein paar wenige weiterhin, aber die Menschen flüchten, weil sie in ihren Herkunftsländern keine Chancen haben. Ihnen werden durch Krieg und Ausbeutung diese Chancen auch genommen. Es werden auch Mauern nichts daran ändern, dass diese Menschen nach Europa kommen werden. Siehe die hochgerüstete Grenze zwischen Mexiko und den USA. Das heißt: Wir sollten diskutieren, wie wir unser Land und Europa auf diese gemeinsame Zukunft vorbereiten. Wir dürfen den Menschen nichts vormachen. Europa ist und bleibt eine beliebte Destination für hoffnungslose und hoffnungsvolle Menschen aus kriegerischen und armen Regionen.

SOLIDARITÄT STATT GRENZMAUERN

Sozialdemokraten predigen gerne die internationale Solidarität. Jetzt ist es soweit. Jetzt ist die Solidarität auch an Wochentagen gefragt, nicht nur am Sonntag. Natürlich ist der notwendige Integrationsaufwand nicht leicht, natürlich kostet das Geld und Aufklärung in alle Richtungen. Auch wenn es mühsam ist. Das heißt für uns: Endlich eine internationale Friedens- und Außenpolitik auf die Beine stellen, die Fluchtursachen beseitigt und den Menschen wieder Hoffnung gibt. Es braucht ein wirkliches, europäisches Asylsystem auf Basis von Solidarität und den Grundrechten, einen effizienten solidarischen Verteilungsmechanismus innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten nach der Erstabklärung in funktionierenden Erstaufnahmezentren und quotierte »Resettlement«-Programme aus den Krisengebieten selbst, um die gefährdetsten Personen schützen zu können und der Schlepperei den Boden abzugraben. Und: Es benötigt legale Einwanderungswege nach Europa um Druck vom Asylsystem zu nehmen. Das geht nur gemeinsam und im Austausch mit den Nachbarstaaten der Union. Wir müssen unsere Kommunen, Städte, Regionen und Staaten wieder in Räume der Hoffnung, Zuversicht und des Wohlstands für alle verwandeln. Dazu ist unbedingt eine internationale Wirtschafts- und Handelspolitik vonnöten, die genau das ins Zentrum stellt.

Die Ideen liegen auf dem Tisch, sind teilweise in Umsetzung, werden aber massiv bedroht von nationalistischen Aufwallungen überall in Europa. Es ist absurd: Als ab 2008 die von Banken verursachte Finanz- und Wirtschaftskrise zu »lösen« war, tagte die europäische Rettungsmaschinerie im Wochentakt. Jetzt, wo Millionen Flüchtende vor den Toren Europas stehen oder ertrinken, richten sich die Mitgliedssta-

ten Signale aus oder versuchen, ihre »Attraktivität« zu senken, anstatt gemeinsam endlich diese dringenden Lösungen anzugehen. Die Zeit drängt, es droht nichts weniger als das Scheitern der Union – und damit der Rückfall in nationalistische Kleinstaaterei auf Kosten der Menschen und dem europäischen Wertgefüge.

Denn – Mauern an Grenzen führen zu Mauern in den Köpfen und untergraben unser Zusammenleben. Insbesondere in einer Zeit, in der der Weltmarkt realisiert ist und Geld, Waren und Informationen über den ganzen Globus geschickt werden, ist die Vorstellung überholt, Migrationsbewegungen durch repressive Gesetze zukunftsweisend beschränken zu können. Es ist eine Welt. Emanzipatorische, sozialdemokratische Migrations- und Integrationspolitik kann nur internationalistisch und solidarisch sein. Es darf kein zurück in eine Welt der Mauern, Grenzposten und Stacheldrähte geben. 🍷

NURTEN YILMAZ

ist Abgeordnete zum Nationalrat und Bereichssprecherin
für Integration im SPÖ-Parlamentsklub.

AUGEN AUF!

100 JAHRE LEICA FOTOGRAFIE

WestLicht / Ostlicht

Die Ausstellung zeigte die Geschichte einer Revolution. Mit der Erfindung der Leica vor 100 Jahren brach in der Fotografie ein neues Zeitalter an, der Blick auf die Welt war von nun an ein anderer. Kompaktes Format, Hochleistungsobjektive, leise Mechanik sowie die innovative Verwendung von 35mm-Kinofilm ermöglichten flexibles, dynamisches Fotografieren, extreme Perspektiven und eine noch nie dagewesene Spontaneität. Die neue Schnelligkeit, Freiheit und Leichtigkeit bediente die Bedürfnisse einer sich beschleunigenden Zeit und inspirierte Fotografinnen weltweit zu einer experimentierfreudigen und zukunftsweisenden Bildsprache.



Christer Strömholm

Nana, Place Blanche, Paris 1961

© Christer Strömholm / Strömholm Estate, 2014



Alfred Eisenstaedt
VJ Day, Times Square, NY 14. August 1945
© Alfred Eisenstaedt, 2014 / Leica Camera AG,
Courtesy Skrein Photo Collection

AUGEN AUF!

100 JAHRE LEICA FOTOGRAFIE

WestLicht / Ostlicht



Oskar Barnack
Flut in Wetzlar, 1920
© Leica Camera AG

Waldheim – wie es wirklich war

30 Jahre nach der Affäre Waldheim sprach Erich König mit Georg Tidl, der 1985 die Kriegsvorgänge Kurt Waldheims aufdeckte, über die damaligen Ereignisse, sein neues Buch, das österreichische Geschichtsverständnis und den aktuellen Präsidentschaftswahlkampf.

Als im Frühjahr 1985 der ehemalige UN-Generalsekretär Kurt Waldheim von der ÖVP als Präsidentschaftskandidat nominiert wurde, erschienen bald Berichte über seine Kriegsvorgänge. Der ehemalige Angehörige des SA-Reiterkorps und des NS-Studentenbundes hatte in seiner Biografie u. a. verschwiegen, dass er 1941 unter SS-Kommando gekämpft hatte und 1942 zur Heeresgruppe E der Deutschen Wehrmacht nach Saloniki versetzt worden war, einer Einheit, die an der Deportation der jüdischen Bevölkerung beteiligt war. Mit Aussagen wie »Ich habe im Krieg nichts anderes getan als hunderttausende Österreicher auch, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt¹, legitimierte er nicht nur seine Vorgänge, sondern auch das NS-Regime. Waldheims Vorgänge dominierte den Präsidentschaftswahlkampf. Wenngleich Waldheim die Wahl gewann, führte die Debatte dazu, dass sich die Österreicher erstmals kritisch mit ihrer Rolle während der Nazizeit auseinandersetzten.

Aufgedeckt wurde der Fall Waldheim durch Recherchen des damaligen ORF-Journalisten und Historiker Georg Tidl. 30 Jahre später beschreibt Georg Tidl in seinem Buch »Waldheim. Wie es wirklich war«, was damals vorgefallen ist, wer sein Hauptinformant war und warum er bisher geschwiegen hat. Mehr als Grund genug für ein Interview.

ZUKUNFT: 1985 hat die sogenannte Kampagne um Waldheims Kriegsvorgänge begonnen. Warst Du damals wirklich der erste, der begonnen hat, Waldheims Kriegsvorgänge zu recherchieren?

Georg Tidl: 1985 war ich sicher der erste. Schon im Frühjahr 1985, mehr als ein Jahr vor dem Wahltermin, konnte ich

nachweisen, dass Kurt Waldheim zumindest einmal unter SS-Kommando, und zwar unter SS-Obersturmbannführer Faßbender, an Kampfhandlungen teilgenommen hat. Am 5. und 6. August 1941 erstürmte Waldheims Einheit gemeinsam mit der Vorausabteilung des SS-Kavallerieregiments 1 die Höfe Buda und Repplof in den Pripjetsümpfen, das ist in der heutigen Ukraine. Dieses Wissen floss in die ORF-Sendung »Politik am Freitag« vom 19. April 1985 ein – allerdings in sehr abgeschwächter Form: der Text damals: »Waldheim ... nahm an den Schlachten bei ...den Pripjet-Sümpfen teil, wobei zu den Einheiten seiner Heeresgruppe auch SS-Gruppen gehörten ...« Zu einer exakteren Formulierung konnten sich die Kollegen nicht durchringen. Bei meinen späteren Recherchen stieß ich in den Akten allerdings immer wieder auf Paraphen von offensichtlich amtsinternen Beamten, aus denen ich erkennen konnte, dass vor allem in den Jahren 1971, 1972 und 1979 intensive Nachforschungen angestellt worden waren.

Der Untertitel Deines Buches lautet »Geschichte einer Recherche«. Wieso erst jetzt, 30 Jahre später?

Am 8. März 1986 titelte die Kronen-Zeitung: »Krone deckt auf, wer Waldheim-Bombe gezündet hat!« Damit war ich gemeint und damit begann verstärkt eine Welle von Beschimpfungen, Bedrohungen und vor allem auch antisemitischen Verunglimpfungen, die ich mir so vorher nie hätte vorstellen können. Nun hatte ich ja zwei wesentliche Informanten, Frau Dr. Hertha Bren, langjähriges Mitglied der SPÖ, und Herrn Hans Rödhammer. Frau Dr. Bren wäre vielleicht eine Preisgabe als Informantin zuzumuten gewesen, aber Rödhammer war ein bürgerlicher, konservativer Militärhistoriker, der im Schwarzen Kreuz und im Österreichischen Kameradschaftsbund jahrzehntelang tätig war. Er war zum Beispiel Schrift-

führer und auch Obmann des Frontkämpferbundes der 45. Infanteriedivision gewesen. Diesen damals schon betagten Menschen den damals zum Teil hasserfüllten Medien auszuliefern, das konnte ich nicht verantworten. Nach meiner Pensionierung und ihrem Ableben stand aber einer Veröffentlichung nichts mehr im Wege.

Welche Reaktion auf das Erscheinen Deines Buches erwartest Du?

Im Zuge der Wahl 1986 und auch in den darauffolgenden Jahren ist so viel Unsinn geschrieben worden, und ich denke, diese Wahl wird trotz alledem als ein Meilenstein in der Aufarbeitung der Nazi-Zeit in Österreich in Erinnerung bleiben, da sollte mit dem Unsinn rechtzeitig Schluss sein. Wichtig ist vor allem, es waren keine Ausländer, nicht die immer wieder schändlich zitierten »Juden von der Ostküste der USA«, es waren Österreicher: ein bürgerlich-rechter Militärgeschichtler, eine höhere Bankangestellte in Pension und ein in die Jahre gekommener Alt-68er, die diese wichtige Episode österreichischer Geschichte recherchierten.

Trotz des Widerstandes eines großen Teils der österreichischen Bevölkerung, wurde Waldheim damals gewählt. Wie siehst Du heute diese Wahl und seine Amtszeit?

Kurt Waldheim hat sich all die Jahre zu seiner Pflichterfüllung bekannt, zu einer Pflichterfüllung in einem Heer eines anderen Staates, eines faschistischen Staates, eines Verbrecherstaates. Aber seiner Wahl hat es nicht geschadet. Die Generation der sogenannten Kriegsteilnehmer, der unkritischen und unbelehrbaren Kriegsteilnehmer, hat sein Bekenntnis honoriert und ihn gewählt. Doch der Pyrrhus-Sieg hat der ÖVP und Alois Mock nichts gebracht. Mock hatte auf einen glänzenden Sieg gehofft und in dessen Folge auf einen Kanzlerposten für ihn selbst. Durch den taktisch wohl überlegten Zug der SPÖ, Franz Vranitzky an die Spitze zu stellen, mussten Mock und eine ganze ÖVP-Politikergeneration noch Jahre warten, bis sie zum Zug kamen – in der schwarz-blauen Koalition. Die Amtszeit Waldheims war meist peinlich.

Hat die Aufdeckung der Waldheim-Vergangenheit bzw. die dadurch ausgelöste Diskussion zur Vergangenheitsbewältigung und zum Geschichtsverständnis in Österreich beigetragen?

Durch Waldheim hat sich viel geändert. Einerseits erfahren die unterschiedlichsten Widerstandsgruppen ein neue, größere Würdigung, und auch der Nazi-Terror gegen Homosexuelle, Wehrdienstverweigerer, Zeugen Jehovas, Roma, Slowenen, um nur einige zu nennen, wurde erstmals von einer breiteren Bevölkerung zur Kenntnis genommen, verurteilt, bedauert. Andererseits wurde erstmals die Opferrolle Österreichs in Frage gestellt. 700 000 Österreicher und Österreicherinnen traten der NSDAP bei und auf 40 bis 50 Nazis kam nur ein Widerstandskämpfer. Da konnte die fantastische Geschichte, Österreich wäre das erste Opfer Hitler-Deutschlands gewesen und also unschuldig an den Nazi-Gräueln, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Erfreulich, dass sich vor allem Jüngere verstärkt und kritisch mit der österreichischen Zeitgeschichte auseinandersetzten, und dass auch einzelne Organisationen begannen, ihre Geschichte zwischen 1938 und 1945 aufzuarbeiten. Bei manchen sind diese Veränderungen allerdings nicht angekommen. Wie schreibt der ÖVP-Bundespräsidentenskandidat Andreas Khol, ein engagierter Waldheim-Befürworter damals: »So wie Österreich als Land, so war auch Kurt Waldheim ohne Zweifel ein Opfer des Nationalsozialismus!«²

Ein ganzes Kapitel hast Du der Verurteilung von Alt-Bundeskanzler Fred Sinowatz und des damaligen Burgenländischen Parteivorstands wegen seines angeblichen Ausspruchs »von der braunen Vergangenheit Waldheims« gewidmet. Was haben diese Prozesse mit Deinen Recherchen zu tun gehabt?

Ganz habe ich diesen Prozess nie verstanden, denn was wäre schon passiert, hätte Sinowatz gesagt, ich habe diesen Satz gesagt? In der politischen Auseinandersetzung Landeshauptmann Kery gegen Matysek führte ich 1985 ein Interview mit Frau Matysek für die »Politik am Freitag«. In dem OFF-Gespräch nach dem Interview war die innenpolitische Situation ein längeres Thema. Und damals verwendete ich die Formulierung von der »braunen Vergangenheit« – lange bevor Sinowatz diese Formulierung gebraucht haben soll. Weil ein graphologisches Gutachten nicht ergeben hatte, dass die angebliche Mitschrift von Matysek eine Fälschung war, wunderte sich der Richter darüber, dass niemand außer Matysek diese Formulierung gehört haben wollte, und verurteilte alle wegen falscher Zeugenaussage. Ich habe mich nicht darüber gewundert, denn schließlich war Matysek die einzige, der gegenüber ich genau diese Formulierung gesprächsweise verwendet hatte. Und die Mitschrift mitsamt der strittigen Passa-

ge war ja insofern ganz unstrittig keine Fälschung, als Matysek sie selbst geschrieben hatte; man weiß nur bis heute nicht so genau wann.

Bei den folgenden gerichtlichen Auseinandersetzungen Sinowatz gegen Worm mit Matysek als Zeugin war ich immer wieder als Zeuge im Gespräch und wurde auch vorgeladen, gehört wurde ich aber nie – als einziger möglicher Entlastungszeuge für Fred Sinowatz und den burgenländischen SPÖ-Parteivorstand. Es steht mir nicht zu, ein österreichisches Gerichtsurteil zu kritisieren, aber ...³

Welche Ereignisse damals haben sich bei Dir am stärksten eingeprägt?

Der Hass, die antisemitischen Drohungen, die Gleichgültigkeit der österreichischen Exekutive, die Aktendiebstahl und Drohungen durch ausländische rechte Organisationen meiner Meinung nach mit wenig Eifer verfolgte, und wie schnell man einen Job verlieren kann. Ich durfte im ORF nie wieder in die Innenpolitik zurück. Andererseits habe ich es zu schätzen gelernt, in einer Demokratie zu leben. Existenziell war ich nie bedroht. In anderen Ländern erleiden kritische Journalisten ganz andere Schicksale.

Der FP-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer kritisiert einerseits das Verbotsgesetz und unterstützt andererseits offen Pegidaforderungen. Sind jetzt alle Dämme gebrochen?

Die Weltkriegsgeneration, Waldheims treueste Wählergruppe, ist nicht mehr. Doch ist deshalb ihre Ideologie ausgestorben? Nein! Rassismus ist in bestimmten Bevölkerungsgruppen wieder modern – und sogar in einigen EU-Staaten bis in Regierungsebenen vorgedrungen. Ansätze von neuen Faschismen sind bereits erkennbar, sie sind sofort zu entlarven und mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Am 24. April finden die Bundespräsidentenwahlen statt. Was erwartest Du vom kommenden Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin?

Ich erwarte in erster Linie ein Bekenntnis zur Demokratie. Und Demokratie kann es nur geben, wenn der Sozialstaat gesichert ist. Eine Verschärfung der sozialen Situation in Kombination mit dem Neuaufleben von Blau-Schwarz wäre eine Katastrophe. In Andreas Khols Weltbild passt allerdings so ein

Rechtsruck, gehört er doch seit Jahrzehnten zu den eifrigen Verteidigern der Dollfuß-Regierung: »Das autoritäre, ständestaatlich orientierte, katholische, österreichpatriotische...Regime der Jahre 1934–1938 wurde und wird von diesen Zeitgeschichtlern« – da fühle ich mich als Georg Tidl durchaus angesprochen – »als Erscheinungsform des Faschismus diffamiert.« Und warum? Zwei Seiten weiter: »Jene österreichischen Zeitgeschichtler wollen den damals unterdrückten Sozialismus rächen.«⁴

Waldheim lebt? Nur mehr in den Köpfen einiger weniger – hoffentlich!



ERICH KÖNIG

ist Vorsitzender der BSA-Bundesfachgruppe Medienberufe.

GEORG TIDL

geb. 1948, Studium der Psychologie, Germanistik und Zeitgeschichte an Univ. Wien; er arbeitet als Journalist im ORF. Zahlreiche Fernsehdokumentationen und Features zu Themen der Zeitgeschichte, Beiträge in Zeitschriften, Gestaltung von Ausstellungen. Er veröffentlichte mehrere Bücher u.a. zu den Themenbereichen Nationalsozialismus und Widerstand.



Georg Tidl
Waldheim. Wie es wirklich war
Die Geschichte einer Recherche
Löcker Verlag, Wien 2015
230 Seiten, 24,80 Euro

1. ORF-Interview vom 9. März 1986
2. Georg Tidl zitierte im Interview aus: »Die Kampagne Kurt Waldheim – Opfer oder Täter? Hintergründe und Szenen eines Falles von Medienjustiz«, Herausgegeben von A. Khol, Th. Faulhaber, G. Ofner, F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung, Wien, Berlin, 1987. Seite 189
3. Die ehemalige SP-Landtagsabgeordnete Ottilie Matysek, die sich mit Landeshauptmann Kery auf Grund seines Führungsstils überworfen hatte, nahm am 28. Oktober 1985 an einer Sitzung des Landesparteiorgans der SP-Burgenland teil. In dieser Sitzung soll, so Matysek, der damalige Bundeskanzler Fred Sinowatz angekündigt haben, dass man »Österreich rechtzeitig an Waldheims braune Vergangenheit erinnern« werde. Der Journalist Alfred Worm publizierte 1986 diese Ankündigung. 1987 zeigte Sinowatz, der diese Aussage bestritt, Worm wegen übler Nachrede an. Im Prozess von Sinowatz gegen Worm legte Matysek am 29. April 1987 eine Mitschrift als Beweismittel vor. Diese Mitschrift wurde von Richter Ernest Maurer, ungeachtet der gegenteiligen Aussagen zahlreicher Sitzungsteilnehmer, die als Zeugen auftraten, als echt und zutreffend erkannt, was in der Folge zum Freispruch von Worm und zu einer Reihe weiterer Verfahren und Verurteilungen wegen falscher Zeugenaussage führte. Georg Tidl stellte schon 1985 fest, dass die umstrittene Formulierung von ihm stammte, und er diese Worte schon lang vor der Sitzung vom Oktober 1985 Frau Matysek gegenüber verwendet hatte. In Bezug auf den Richter Ernest Maurer sollte noch festgehalten werden, dass dieser u.a. bekannt wurde, weil er sich für die vorzeitige Haftentlassung des Holocaustleugners David Irving einsetzte.
4. Ebenda 180, 182



Henri Cartier-Bresson
Calle Cuauhtemotzin, Mexico City 1934
© Henri Cartier-Bresson / Courtesy
Fotosammlung OstLicht



Nick Út

Napalm-Angriff in Vietnam, 1972

© Nick Út / AP / Leica Camera AG, Courtesy

Skrein Photo Collection

100 Jahre Josef Hindels

Am 10. Jänner 2016 wäre Josef Hindels 100 Jahre alt geworden. Erwin Lanc, der als Jugendfunktionär in der jungen Zweiten Republik mit Hindels zusammengearbeitet hatte, würdigte beim diesjährigen Hindels-Symposium die Person und das Wirken des Gewerkschafters, Sozialisten und aktiven Antifaschisten.

Josef Hindels, wir nannten ihn Bruno, das war sein Name in der Illegalität, war ein politischer Mensch. Weshalb? Seine Lebenserfahrungen haben ihn dazu gemacht. Der Vater war Soldat der k.u.k. Armee, nach dem ersten Weltkrieg Privatangestellter in einer tschechischen Textilfirma, die bald Pleite machte. Von da an Arbeitsloser und bald ausgesteuert. Die Mutter war Gelegenheitsarbeiterin. Beide ohne jede Versicherung. Auf dem Tisch gab es wenig zu essen, am Tisch saß eine hungrige Familie. Nach seiner ersten Verhaftung in der Illegalität stellte Hindels fest, dass es dort mehr zu essen gab als manchmal zu Hause.

Der Eintritt ins Gymnasium Albertgasse in der Josefstadt wurde für den jüdischen Buben aus dem Arbeitermilieu zu einem Spießrutenlauf. Ein armer, jüdischer Roter, dem das rote Wien und seine Sozialpolitik Hoffnung gab, wurde von den Kindern des Josefstädter Bürgertums abgelehnt. Erste Begegnung mit Hass auf die Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Schließlich fand er eine Lehrstelle als kaufmännischer Angestellter. Es galt ja Geld zu verdienen. Das war auch das Tor zur Angestelltengewerkschaft.

Er verstand nicht, wieso der Vater und dessen Generation sich nicht im Ersten Weltkrieg verweigert hatten. Er schloss daraus, selbst an der Gestaltung einer besseren Gesellschaft mitwirken zu müssen. Seine Worte waren. Lerne aus der Dummheit der Älteren und schieße nie auf Menschen, die dir nichts getan haben. Er verachtete die Habsburger und fühlte sich schon als roter Falke als Republikaner.

Nach dem Eintritt beim vsm, dem Verband sozialistischer Mittelschüler, machte er erste Bekanntschaft mit dem kommunistischen Manifest und las im Selbststudium Marx, Engels,

Karl Kautsky, Bebel, Rosa Luxemburg, Lenin, Otto Bauer und Max Adler. Fremdworte übersetzte er sich via Lexikon.

Großen Eindruck auf ihn machten auch Karl Kraus und seine »Fackel« sowie die Figur der Kriegsberichterstatteerin Schalek. Bedrückend war, dass immer wieder kein Geld für die Stromrechnung oder den Greissler da war, der nicht mehr die Schuldanschreibung zu erhöhen bereit war. Beglückend fand der halbwüchsige Hindels das rote Wien. Sein Obmann beim vsm war Peter Strasser, der ihn mit Hilfe von Kreisky Anfang 1946 von Schweden nach Österreich zurückgeholt hat, wo er als Karl Popper lebte.

Dr. Renner und die Rechten in der SDAP hielt Hindels für ein Unglück, den Ausgleich mit der Reaktion für eine Illusion. Umso mehr war er schockiert diesen Mann 1945 an der Spitze der wiederauferstandenen Sozialdemokratie zu sehen. In den folgenden Jahren wurde er daher nicht müde gegen die Koalitionsgesinnung der Parteiführung – längst nach Renners Tod – aufzutreten. Sein Mahnruf war: aussprechen was ist.

REVOLUTIONÄRE SOZIALISTEN

Nach dem 12. Februar 1934 waren viele junge Sozialisten tief enttäuscht. Die Mehrheit sammelte sich in der Jugendbewegung der Revolutionären Sozialisten. Hindels ging zu jenen, die am internationalistischsten waren, die permanente Revolution für unverzichtbar hielten, den stalinistischen Missbrauch des Leninismus kritisierten. Es ging nicht mehr darum, den bescheidenen sozialen Besitzstand der ersten Republik zu verteidigen, es ging international und solidarisch gegen Dollfuß, Franco, Salazar Mussolini, Hitler aufzutreten. Dafür standen die Trotzlisten. Sie hatten sich 1927 von der ohnehin kleinen KPÖ abgespalten und der 4. Internationale

angeschlossen. Ihre Zeitung unter der Leitung von Georg Scheuer war »der Bolschewik«. Der Redaktion gehörten Josef Hindels, Karl Fischer, Votruba und Josef Reinwein an, der noch in den späten Vierzigerjahren im Veranstaltungssaal des Cafe Hummel in der Albertgasse, Ecke Josefstädterstraße zu Diskussionen eingeladen hat. Auch Hindels, lange kein Trotzkist mehr, traf dort seine politischen Freunde. Im Hummel den Bruno zu treffen, war für uns schon was Besonderes.

Obwohl Peter Strasser die Position Hindels kannte, holte er ihn 1946 als Bildungs- und Schulungsreferent in die Sozialistische Jugend. Man einigte sich auf eine umfassende Bildung der von Nationalsozialismus und Krieg geprägten jungen Menschen und eine zwar kritische, aber loyale Haltung gegenüber der Partei. Mit im Bund als Verbandssekretär Paul Blau, später Neues Österreich und Arbeiterzeitungsredakteur, schließlich bei der eben verstorbenen Frau Meissner-Blau gelandet.

Strasser und Hindels wollten nicht, wie in der ersten Republik, eine Arbeiterjugend und eine Mittelschülerorganisation. Daher wurde nicht die SAJ, sondern die SJ gegründet. Waldbrunner wollte aber für seinen, damals etwas braun durchzogenen BSA eine Nachwuchsorganisation haben und betrieb die Wiederbelebung des vsm. Strasser wollte das durch Gründung von Mittelschülergruppen in den SJ-Bezirksorganisationen abfangen. Dr. Edgar Schranz und ich wurden zu Mittelschülerreferenten bestellt. Innerhalb eines Jahres hatten wir 13 Mittelschülergruppen in der SJ, die weitaus größte unter Heinz Nittel und Karl Selber in Ottakring. Dennoch bestand die Partei auf Gründung des vsm, zu meiner Genugtuung haben das später viele Genossen bitter bereut.

Im Studentensektor politisierter Jugend zeigten die Trotzkisten in Form der Gruppe Revolutionärer Marxisten, GRM wieder auf, darunter die späteren Grünen, Floss und Pilz. Im Konkurrenzkampf aber auch aus eigenem Antrieb wurde der vsm linker als die SJ.

Bei den Nationalratswahlen 1949 wurde zwar Peter Strasser in den Nationalrat gewählt, Hubert Pfoch, ursprünglich von Hindels als echter Proletarier gegen den Willen der SJ-Linksfraktion in Wien als Obmann unterstützt, wurde in den Wiener Gemeinderat und Landtag gewählt, aber der ebenfalls von der SJ für ein Bundesratsmandat vorgeschlagene Hindels wurde nicht akzeptiert. Man wollte anpassungsfähigere Ge-

nossen, die nicht vor dem falschen Publikum aussprechen was ist, dadurch Wahlchancen gefährden. Hindels prägte als Schulungsreferent der SJ eine ganze Generation von jungen Leuten, die vorher nur den Austrofaschismus und vor allem den Nationalsozialismus und den Krieg erlebt hatten. Die Bildung erfolgte nicht nur in der Vermittlung der Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern auch in der Ausbildung rhetorischer Fähigkeiten der Funktionäre der SJ. In einer beschlagnahmten Villa eines ehemaligen Nationalsozialisten in Kritzensdorf an der Donau wurden mehrtägige Internatskurse abgehalten.

Wir lernten unter anderem die unterschiedlich ausgeprägten Rhetorikfähigkeiten der jeweiligen Vermittlungslage entsprechend einzusetzen. Walter Heil, der leider später im Zuge der Weltjugendfestspiele zur KP ging, gewann in der Kategorie »Gefühlsrede«. Ich wurde Sieger im Fach »Verstandesrede«, was mich aber eigentlich nicht sehr glücklich machte. Ernst Nedwed und Edgar Schranz lagen ebenfalls ganz vorne. In Kritzensdorf und nachher, nach Rückstellung der Villa an den Eigentümer in Kritzensdorf, in Döbling wurden jene Funktionäre herangebildet, die bereits in den 60er Jahren in ihren jeweiligen Bezirksparteiorganisationen in Wien Obleute wurden und wenig später auch die führenden Funktionen in Stadtsenat und Gemeinderat der Stadt Wien einnahmen.

GEWERKSCHAFTS-SEKRETÄR

Hindels begründete die SJ-Akademie und gab in einfacher Sprache formulierte Lehrbriefe heraus. Das fand in Teilen der Partei nicht nur Anerkennung und schließlich wurde der Druck auf das SJ-Gründertrio Strasser, Blau und Hindels so stark, dass Bruno aus den offiziellen Funktionen in der SJ ausschied und eine Heimstatt als Zentralsekretär und Schulungsbeauftragter der Privatangestelltengewerkschaft fand. Das war ein Rückgriff auf seine Gewerkschaftszugehörigkeit als Lehrling in der ersten Republik, ermöglicht durch den Genossen Hillegeist, den damaligen Obmann der Privatangestelltengewerkschaft, Abgeordneter zum Nationalrat, Architekt einer umfassenden Pensionsversicherung im ASVG. Als Vertreter der Freigewerkschafter hatte er 1938 dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg vergeblich Unterstützung gegen die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten angeboten.

Wissensvermittlungstechnik war damals unverzichtbar. Ein weitmaschiges Telefonnetz, Radio zum Teil noch auf Basis des nationalsozialistischen Volksempfängers, kein Fernsehen, daher nur Diskussion bei Versammlungen in den Ext-

razimmern der Gasthäuser oder in den wenigen Partei- oder Gewerkschaftslokalen.

HITLER WOLLTE DEN KRIEG

Hindels ging es aber vor allem um die Verbreitung des Wissens, von dem die Menschen durch elf Jahre Diktatur abgeschnitten waren. Zum Beispiel galt es die Wiederholung der »Dolchstoßlegende« nach dem Ersten Weltkrieg zu verhindern. In der Broschüre »Hitler wollte den Krieg« wies er nach, dass die Nationalsozialisten von Anfang an den Zweiten Weltkrieg anstrebten; als Vergeltung für 1918 und zur Erringung des angeblich notwendigen Lebensraumes für Deutschland im Osten Europas. Damit war aber auch der Startschuss für die Aufklärung über die Verbrechen Hitlers und seiner Parteifreunde an den Antifaschisten und die Aufdeckung der systematischen Tötung von Juden gegeben.

Im Zusammenhang mit der Vorstellung des Linzer-Programmes der österreichischen Sozialdemokratie trat Hindels auch der vor allem auch von der ÖVP missbrauchten »Diktatur des Proletariats« entgegen: Wenn die Bourgeoisie den Boden der Demokratie verlasse, sich mit ausländischen konterrevolutionären Mächten gegen die gesellschaftliche Umwälzung verschwört, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen – und diesem Wort kommt größte Bedeutung zu – den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen. Also kein Ziel, sondern ein Akt der Notwehr.

Etwas ausführlicher befasst sich Hindels mit der Einführung in die Ideengeschichte des Sozialismus. Er vermittelte, dass Marx und Engels die gesellschaftlichen Erscheinungen unter Anwendung der dialektischen Methode zu analysieren versuchten; eine nicht unkritische Übernahme der Philosophie Hegels.

Als Beispiel führte Hindels an: Undialektisch betrachtet ist die Arbeiterklasse eine Gemeinschaft von Menschen, die ausgebeutet werden und zu Marxens Zeiten am Rande des Verhungerns lebten. Dialektisch betrachtet führt diese materielle Lage der Arbeiterklasse, verbunden mit ihrer Funktion im Produktionsprozess dazu, dass sie zur stärksten Kraft im Kampf gegen den Kapitalismus wird. Aber dialektisch denken bedeutet auch – was jene Marxisten, die an Marx-Zitaten kleben, nicht zu tun in der Lage sind – die Veränderungen, die auch innerhalb einer Klasse eintreten zu erkennen und zu analysieren. Hindels überliefert auch Otto Bauers Abrech-

nung mit jenem Dogmatismus, der das wissenschaftliche Werk von Karl Marx als eine Art Bibel interpretieren will.

Hindels bezeichnet in dieser ideengeschichtlichen Einführung den krisenfreien Kapitalismus als Illusion. »Methoden, wie sie etwas der Nationalökonom Keynes entwickelt hat, können den Krisenmechanismus nicht aufheben. Die tiefen Widersprüche dieses Wirtschaftssystems erweisen sich als stärker.«

Es wäre nicht Hindels, würde er nicht gegen den Revisionismus von Bernstein aufgetreten sein. Er stellt die Frage, ob Bernstein gegen Marx Recht behalten hat und antwortet: Der Erste Weltkrieg zeigte, die imperialistischen Gegensätze waren stärker. Und Bernstein sei auch durch die russischen Revolutionen und die revolutionäre Situation in Mitteleuropa bis hin zum Sieg von Konterrevolutionen widerlegt worden. Der New Yorker Börsenkrach von 1929, die Weltwirtschaftskrise und ihre sozialen Auswirkungen haben schließlich nicht zum Sieg einer sozialeren Gesellschaftsordnung, sondern zum Faschismus, in Italien 1922, in Deutschland 1933, in Österreich 1934 und in Spanien 1939 geführt. Der Revisionismus habe vor allem die deutsche Sozialdemokratie gelähmt. Auch der Unterschied zwischen Reform und Revolution ließ Hindels nicht ruhen. Revolutionen, meinte er, werden nicht »gemacht«. Sie »passieren« aufgrund unerträglicher gesellschaftlicher Verhältnisse.

REFORM UND REVOLUTION

Hindels zitierte Otto Bauer, der sich mit den Eigenarten der Geistesströmung antimarxistischer Spießbürger beschäftigte. Otto Bauer beschrieb die Vielfalt in Methode und Struktur des Denkens der Austromarxisten. Bauer meinte: Man muss sich des Ursprungs des Begriffs des Austromarxismus erinnern, um die ganze Komik zu begreifen, die darin liegt, wenn jeder »Bergelhuber« jetzt den Austromarxismus vernichtet.

In seiner Jugendperiode war Hindels als Troztkist Antistalinist und ist es zeitlebens geblieben. Die in der Parteiführung der SPÖ dominante Gruppe nach 1945 hatte in der Ostmark des Deutschen Reiches überlebt. Sieht man von Dr. Renner ab, war keiner ideologisch beschlagen. Man hatte andere Sorgen. Zuerst kommt das Fressen und dann die Moral.

Ein erheblicher Teil der rund 700 000 Parteimitglieder der NSDAP in Österreich waren einst Sozialdemokraten. In einer

Demokratie müsste man sie zurückgewinnen. Das war angenehm für die, die die Schläge ausgeteilt haben, nicht für die, die sie erhalten hatten. Josef Hindels war daher auch ein Opfer dieser Nachkriegsperiode in der österreichischen Politik. Dass es aber heute noch Leute gibt, die eine grundlegende Änderung der Gesellschaft auf Basis Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit anstreben, ist zu einem erheblichen Teil Hindels zu verdanken.

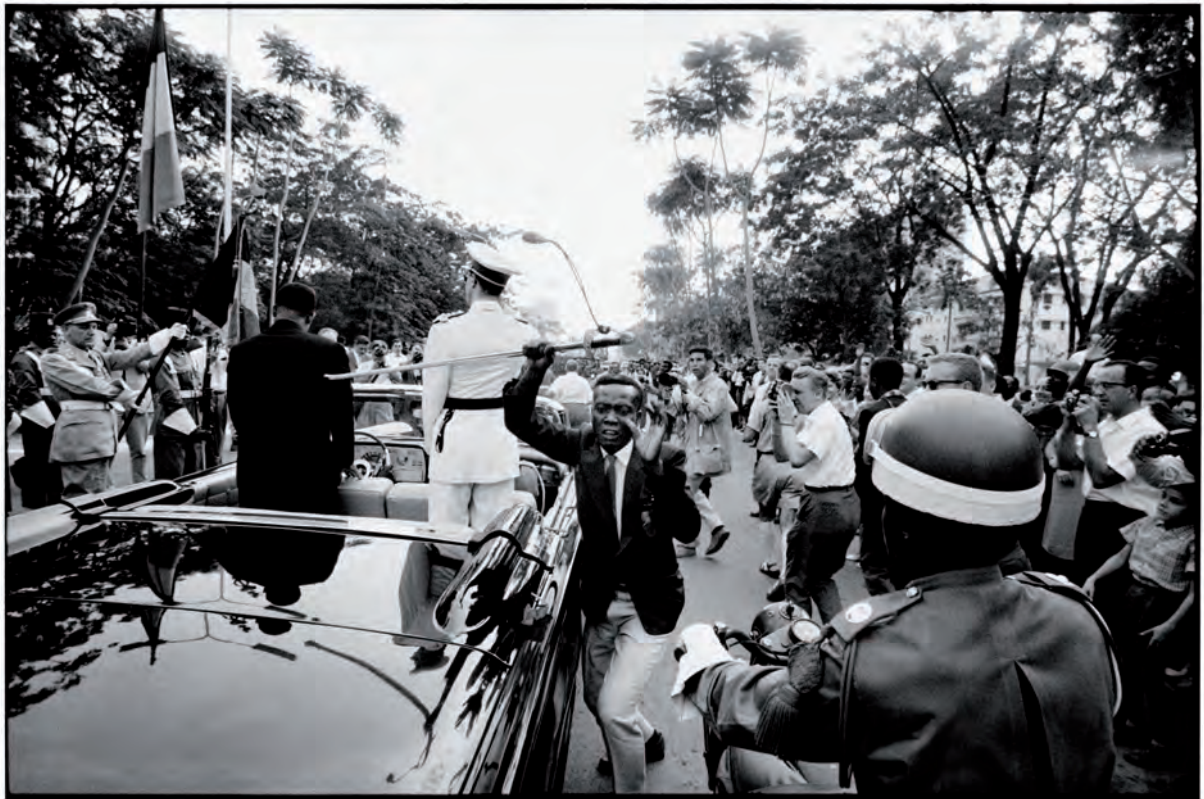
Im Zuge der Entwicklung des Kalten Krieges finanzierten 1949 die Amerikaner eine europäische Jugendinitiative mit Sitz in Paris. Peter Strasser schlug mich namens der SJ als Kandidat für die dortige österreichische Jugendvertretung vor. Ich besuchte Hindels damals in seiner Eigenschaft als Bildungssekretär der Privatangestelltengewerkschaft, um ihn um seinen Rat zu fragen. Es sollte ein Engagement auf ein Jahr sein. Ich führte ins Treffen, dass ich dadurch Französisch lernen könnte und Einblick in die Europapolitik der USA bekäme. Ich erwartete Zustimmung von Hindels ohne sie direkt verlangt zu haben. Er reagierte – für mich überraschenderweise – ablehnend. Er argumentierte aber nicht grundsätzlich politisch, sondern mit dem mir etwas kleinbürgerlich erscheinenden Satz: «Wes' Brot man isst, des' Lied man singt». Da sich SJ- und ÖVP-Jugend ohnehin nicht auf eine Entsendung einigen konnten, blieb offen, ob er oder ich Recht hatten.

Dies zum Gedenken und gleichzeitig zum Nachdenken.



ERWIN LANC

war von 1960–1966 Angeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat, gehörte anschließend bis 1983 dem Nationalrat an und war von 1973 bis 1984 als Verkehrs-, Innen- und Außenminister Mitglied der Regierungen Kreisky und Sinowatz. Er ist heute Ehrenpräsident des Internationalen Instituts für Frieden (IIPC).



Robert Lebeck

Der gestohlene Degen, Belgisch Kongo, Leopoldville 1960

© Robert Lebeck / Leica Camera AG

AUGEN AUF!

100 JAHRE LEICA FOTOGRAFIE

WestLicht / Ostlicht



Heinrich Heidersberger
Laederstraede, Kopenhagen 1935
© Institut Heidersberger

Hemmungslos gegen Gleichheit

Im September 2015 trat ein neuer Erlass zu Sexualerziehung an Österreichs Schulen in Kraft. Begleitet wurde dessen Erarbeitung von wütender Empörung christlich-fundamentalistischer und anti-feministischer Kreise. Ähnlich konfrontativ verliefen zuletzt auch in Deutschland Debatten zur Modernisierung der schulischen Sexualerziehung. Ein halbes Jahr nach dem In-Kraft-Treten zieht Stefanie Vasold eine erste Bilanz der Debatte und beleuchtet die politischen Hintergründe des sich radikalisierenden Protests, der sich im Kern fundamental gegen die Gleichstellung der Geschlechter, Feminismus und die Beseitigung von Diskriminierung richtet.

Dass es nach 20 Jahren einen neu aufgesetzten und überarbeiteten Entwurf zur Sexualerziehung an Österreichs Schulen gibt, ist sehr erfreulich, dass die Sexualpädagogik in Österreichs Schulen reformiert wird, höchst an der Zeit.

Tatsächlich lassen sich die drei Stationen, die der »Grundsatzterlass Sexualerziehung« bis jetzt genommen hat, auch historisch als Ausdruck veränderter Blickwinkel in der Sexualpädagogik nachvollziehen. In den 1970er-Jahren, zur Zeit des ersten Erlasses, ging es vor allem um die Frage »Was dürfen Jugendliche wissen?« und war Vermittlung sexuellen Wissen vor allem punktuell, kognitiv und auf Bio-Fakten beschränkt gedacht, bestenfalls im Rahmen eines Aufklärungsgesprächs mit den Eltern und wenigen Unterrichtsstunden in wenigen Unterrichtsfächern. Mitte der 1990er-Jahre wurde mit der erstmaligen (geringfügigen) Veränderung den sich in den 20 Jahren zuvor verändernden Lebensrealitäten Rechnung getragen. Beeinflusst von Themen der Neuen Frauenbewegung, legalem Schwangerschaftsabbruch, rechtlicher Gleichstellung von Männern und Frauen sowie der Schwulen/Lesbenbewegung, der Antigewalt-Bewegung und dem AIDS-Debakel gerieten Themen wie Geschlechterverhältnisse, Prävention von sexueller Gewalt und AIDS und damit auch Fragen der sexuellen Selbstbestimmung und Vielfalt in den Blick der Sexualpädagogik.

Nach weiteren zwanzig Jahren fand 2015 neuerlich eine, diesmal umfassendere, Neuformulierung des Erlasses statt. Mit gutem Grund. In den letzten 20 Jahren hat sich viel getan:

Bedeutende Entwicklungen dieser letzten Dekaden sind die Erfindung und Etablierung des Internets, die weitgehende Gleichstellung von vielfältigen Lebensformen in den meisten europäischen Ländern und die Formulierung sexueller Rechte als Menschenrechte auf internationaler Ebene. Sexuelle Bildung muss auf Basis dieser Entwicklungen weitergedacht und weiterentwickelt werden.¹ Das zu versuchen, könnte man meinen, liegt im Interesse aller Beteiligten.

GRUNDSATZERLASS SEXUALERZIEHUNG 2015

Anders als die lautstarken Proteste der KritikerInnen vermuten hätten lassen, spricht der Erlass dieses Problem sehr unaufgeregt und sachlich an:

»Sexualpädagogik soll altersgerecht, an der Lebensrealität von Kindern und jungen Menschen orientiert sein und auf wissenschaftlich gestützten Informationen basieren. Sie soll einen positiven Zugang zur menschlichen Sexualität darstellen und eine positive Grundhaltung sich selbst gegenüber sowie das eigene Wohlbefinden befördern. Sie soll sich am Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter sowie der Vielfalt der Lebensformen (z.B. sexuelle Orientierung, Geschlechteridentitäten) orientieren, soll Kompetenzen (z.B. kritisches Denken, Kommunikationsfähigkeiten) vermitteln und an internationalen Menschenrechten ausgerichtet sein.«²

Sexualpädagogik wird im Erlass als Feld der Persönlichkeitsentwicklung definiert, das sich auch auf emotionaler, sensorischer und körperlicher Ebene vollzieht. Sexuelle Bildung sollte vom Kleinkindalter bis ins Erwachsenenalter reichen hat

zum Ziel, Kinder und Jugendliche so zu begleiten, dass sie letztlich eine selbstbestimmte und verantwortungsvolle Sexualität für sich und andere leben zu können.

Bereiche, die damit zusammenhängen, sind emotionale Intelligenz, faires soziales Verhalten, die Gestaltung tragfähiger Beziehungen, Körperkompetenz und Ausdrucks- und Auseinandersetzungsfähigkeit. Sexuelle Rechte werden im Erlass als Teil der Menschenrechte gedacht und stützt sich auf nationale wie internationale Dokumente von WHO, UNO und etablierten NGOs.³

Im Erlass wird neben den Inhalten der Sexualpädagogik auch die pädagogische Haltung und die Rolle der Schulleitung im adressiert, wenn es um das Einschreiten gegen benachteiligende, (sexuell) abwertende Äußerungen oder Handlungen geht. Sexuelle Bildung ist dem neuen Erlass zufolge nicht nur eine Frage des Inhalts und der Vermittlung, sondern auch eine Frage der Haltung und des Miteinanders in der Schule, das ein Einschreiten gegen jede Form von sexueller Gewalt bedarf.

Dass die Vermittlung sexuellen Wissens und Kompetenzen im Zusammenspiel mit den Eltern passieren soll, wird schon in den ersten drei Absätzen zweimal angesprochen. Insgesamt ist in der gültigen Fassung insgesamt achtmal von den Eltern als wichtigen PartnerInnen die Rede.

ZWANGSSEXUALISIERUNG UND CO

Noch bevor der Entwurf zum Erlass veröffentlicht wurde, und erst recht danach, hagelte es Kritik. Die Ecken, aus denen diese Kritik formuliert wurde, sind weitgehend altbekannt.

Katholischer Elternverein, FPÖ, die ÖVP, Kirche, Cartellverband, MeinungsbilderInnen aus bürgerlichen Medien, christliche LehrerInnengewerkschaft ... – die Reihe lässt sich fortsetzen.

Der erste und bis zum Schluss einer der zentralsten Punkte der Kritik war die Umformulierung der Rolle der Eltern. Während im Erlass von 1970 und 1995 festgehalten war, dass Sexualerziehung primär die Aufgabe der Eltern (und, nebenbei bemerkt, in Abstimmung mit den ReligionslehrerInnen zu erfolgen hat) ist, ist im neuen Erlass von der Zusammenarbeit von Schule und Eltern die Rede. Dass diese Zusammenarbeit schon im Entwurf mehrfach erwähnt wurde, konnte die Gemüter nicht beruhigen. Während es

Einigkeit gibt, dass die Inhalte, Methoden und Unterlagen in Fächern wie Mathematik, Sprachen, Religion, von der Öffentlichkeit – immer von ausgewählten ExpertInnenbeiräten – festgelegt und vorgegeben werden, wird bei Themen der sexuellen Bildung diese Verantwortung des Staates und den dafür vorgesehenen Gremien in Frage gestellt und das Primat des Privaten postuliert.

Die folgende mediale und in sozialen Medien geführte Diskussion war von absichtlichem Missverstehen, Überinterpretieren oder schlicht Desinformation geprägt. Wochenlang war – auch von den Medien weitgehend unhinterfragt übernommen – die Rede von »Zwangs«- und »Frühsexualisierung«, von Anleitungen zur Masturbation, gemeinsamen Porno-Schauen, »brandgefährlichen« Plänen und Sex-Übungen im Turnunterricht. Weiterer Aufreger: Das Unterrichtsprinzip. Da wurde die Befürchtung laut, es müsse in jedem Fach immer über Sexualität gesprochen werden.⁴ Der Erlass sei an der Grenze zum sexuellen Missbrauch anzusiedeln⁵, jedenfalls würde er zu einer Zunahme von sexuellen Missbrauchsfällen führen. Zu wenig Eltern, zu wenig Familie, zu wenig Werte, zu viel Offenheit und Pluralität. Andreas Unterberger ortete gar den Versuch der Homosexuellen-Lobby sich »möglichst jungen und knackigen (sic!) Nachwuchs heran zu züchten«.⁶

Nicht zu blöd war es dann der »unabhängigen« ÖVP-Familienministerin Karmasin, sich vor diesen Karren spannen zu lassen und in den Chor gegen die »Verstaatlichung der Sexualerziehung« einzustimmen. Sie forderte einen Neustart des Erlasses, die Eltern müssten die Möglichkeit eingeräumt bekommen, gegebenenfalls in die Sexualerziehung der Schule »korrigierend eingreifen« zu können.⁷ Das stelle man sich mal bei anderen Unterrichtsfächern vor. Karmasin schlägt damit in die Kerbe jener, die Sexualerziehung weniger als Recht der Kinder, als ein Recht der Eltern sehen.

Möchte man sich nach den ernsthaften Elementen der Kritik auf die Suche machen – und das ist nicht ganz einfach –, dann bleibt neben der Rolle der Eltern und jenen Punkten, die Gleichstellung und Antidiskriminierung zum Thema machen, vor allem das breite Altersspektrum, auf den der neue Erlass Bezug nimmt. Schon im Kindergarten soll altersgerechte Sexualerziehung stattfinden und diese sich bis ins Erwachsenenalter fortsetzen. Dementsprechend war der Titel der Petition, die letztlich 8.100 Personen unterzeichneten, »Nein zu schädigender Frühsexualisierung unserer Kinder«.

Initiatorin dieser Petition war eine einigermaßen neue Gruppe, die sich rund um die Sexualerziehungsmaterialien des Vereins Selbstlaut 2012 öffentlich wahrnehmbar zusammengefunden hat. Eine Gruppe »loser«, »besorgter« Eltern, wie sie sich selbst darstellten. Mittlerweile hat sie sich als »Initiative für wertvolle Sexualerziehung«⁸ neu aufgestellt. Der Entwurf zum Erlass wurde auf 26 Seiten »analysiert«⁹: mittels »Gender-Ideologie« werde das familienorientierte Gesellschaftsmodell zu einem Modell sexueller Vielfalt umgedeutet und dieses schon den kleinsten Kindern staatlich aufgedrückt. Statt ethisch-moralischer Einteilungen, was gut und böse, was richtig und falsch ist, würde das gleichwertige Benennen verschiedener Lebensformen Beliebigkeit vermitteln.

Die zuständige Ministerin Heinisch-Hosek berichtete von insgesamt 50 Stellungnahmen zum Entwurf, hielt aber im Wesentlichen daran fest und kündigte an, die Rolle der Eltern im Erlass zu verstärken. Mit diesen und einigen anderen kleineren Änderungen veröffentlichte sie den Erlass, der mit September 2015 in Kraft.

NICHT NEU, ABER ANDERS

Die Argumente und die Aufregung, wenn es um Fragen der sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen geht, sind nicht neu. Manche Kritik liest sich wie eine Abhandlung aus vergangenen Jahrhunderten. Die Gräben, die sich an Fragen von Sexualität und Gesellschaft aufgetan haben, sind nahezu dieselben geblieben.

Dabei ist Sexualität weniger ein biologisches Konstrukt, worauf so gern von diesen Gruppen verwiesen wird, als ein gesellschaftliches: Jugendsexualverhalten ist immer im Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen zu sehen. Gesellschaftlich wird festgelegt, wer, wann, wie mit wem Sex haben darf oder nicht. Geschlechter-, Sexual- und Wertvorstellungen haben sich über die vergangenen Jahrhunderte immer wieder verändert haben und diese Festlegungen was verboten, geduldet oder erlaubt ist, mit ihnen. Meist waren diese Prozesse von Widerständen, Generationenkonflikten und mehr oder weniger heftigen Diskussionen begleitet.¹⁰ Freilebiges, oder auch nur anderes, Sexualverhalten der Jugend wird dabei seit jeher im Kontext mit Kulturzerfall, Werteverlust und Chaos gebracht.

Ob bei der Gleichstellung unehelicher Kinder, bei der Aufhebung des »Werbeverbotes« für Homosexualität, bei der Einführung der Fristenregelung oder der Umsetzung von Frauen- und Kinderrechten – immer wieder waren es kon-

servative und rechte Parteien Hand in Hand mit der katholischen Kirche, die mit aller Kraft versuchten, die alte Ordnung aufrecht zu erhalten und vermeintlich schädlichen Einfluss auf die Jugend zu verhindern. Zum Beispiel Ende der 1980er-Jahre, als der »Sexkoffer« eingeführt werden sollte. »Perversität« und »Animation zum Geschlechtsverkehr« waren auch damals die Kommentare. Oder Mitte der 1990er-Jahre, als ein Linzer Gericht Zeitungen des sexualpädagogischen Theaterstückes »Was heißt hier Liebe?« beschlagnahmte. Sogar bei der wahrlich wenig aufregenden Broschüre des Sozialministeriums »Love, Sex & so« 2002 tobte das konservative Land, ortete das Befördern eines »zügellosten Sexuallebens« und sah die »Kernfamilie« in Bedrängnis.

Die Reaktionen überraschen also nicht grundsätzlich und nicht in der Stoßrichtung. Viele AkteurInnen und Argumente sind im Gegenteil alt bekannt und einigermaßen uninteressant. Bemerkenswert ist aber, dass sich neben dem alten konservativ-rechten Reigen, der in den letzten Jahrzehnten einigermaßen massive Bedeutungsverluste hinnehmen musste, neue AkteurInnen etablieren und die Formen, der Ton und die Aggressivität des Protests an Radikalität zunehmen.

So ist die Aufregung rund um den Erlass nicht die einzige in den letzten Jahren. 2012, als der Verein Selbstlaut im Auftrag des Unterrichtsministeriums die Materialiensammlung »ganz schön intim« für Sexualerziehung mit 6-12-jährigen erstellte, trat die Gruppe, die heute als »Initiative wertvolle Sexualerziehung« auftritt, erstmals zum Thema in Erscheinung und inszenierte einen Sturm der Entrüstung. Kern der Kritik war ähnlich wie beim Sexkunde-Erlass die gleichberechtigte Nennung von homo- und heterosexuellen Lebensformen, das Sichtbarmachen von Inter- und Transsexualität oder die Nennung verschiedener Möglichkeiten, ein Kind zu bekommen über die »natürliche« Befruchtung hinaus, also z. B. mittels Adoption, als Pflegekind oder über eine Samenspende. Innerhalb kurzer Zeit wurde das Thema von Politik und Medien hochgespielt.

Fünf parlamentarische Anfragen von ÖVP, FPÖ und BZÖ, Schlagzeilen auf beinahe allen Titelblättern österreichischer Tageszeitungen, Radio, Diskussionsrunden in mehreren TV-Kanälen, Internet- oder Video-Blogs, sogar mehrere deutsche Medien, wie die »Zeit« oder der »Spiegel« berichteten und die Diskussion hielt sich mehrere Wochen und erlebte in zahlreichen Foren und Diskussionen nicht zu erwartende Heftigkeit und Emotionalität. Nach und nach kristallisierten sich als zen-

trale BetreiberInnen dieses Protestes eben jene Gruppe heraus, die sich als lose, überparteilich, unideologisch, schlicht als »besorgte Eltern« ausgaben und auch als solche von den Medien unhinterfragt übernommen wurden. Eine davon, Gudrun Kugler, sitzt mittlerweile nach einem Vorzugsstimmenwahlkampf (»Christen in die Politik« »Trotz allem öVP«) im Wiener Landtag.¹¹ Sie konnte mit klerikal-konservativen Ansagen die zweitmeisten Vorzugsstimmen auf der Liste der öVP auf sich vereinen. Kein Wunder, ist sie doch bestens vernetzt und wurde vom Dachverband katholischer Verbände aktiv unterstützt, Teil ihres Netzwerkes sind auch radikale AbtreibungsgegnerInnen.

Die gute Organisation und Vernetzung ließ sich auch am aktuellen Protest erkennen, ließ das Unterrichtsministerium wissen: Vielen der Mails und Briefe, die eingehen, sehe man gleich an, dass sie organisiert seien, mit vielen wortgleichen Textstellen. Es wirke nach einer lauten, aber nicht sehr großen Gruppe, die hier mobilisiert.¹² Als Teil der Elterngruppe scheint Gudrun Kugler mittlerweile nirgends mehr offiziell auf, als Abgeordnete wirkt sie in ihrem Sinn weiter und hat neue Möglichkeiten, in die Offensive zu gehen.

Eine neue Qualität der Debatte ließ sich dann kurz danach rund um die Methodensammlung »Sexualpädagogik der Vielfalt« in Deutschland ausmachen. Erstmals 2008 herausgegeben, blieb das Buch bis zur zweiten Auflage 2012 unbeobachtet, dann allerdings brach anlässlich einer Debatte über den Bildungsplan in Baden-Württemberg ein massiver Shit-Sturm gegen Elisabeth Tuidier, eine der Herausgeberinnen, aus. Höhepunkte der Ekelhaftigkeiten waren Vergewaltigungs- und Morddrohungen: »Noch vor 30 Jahren hätte man so eine Alte in den Knast gesteckt und sie so lange dort behalten, bis sie verrottet wäre.« Tuidier sei eine »dumm schwätzende und ausschließlich ihr abartiges Sexualeben im Auge behaltende irre Lesbe« und »sexbesessene Zwangsjackenkandidatin«, so beispielweise Akif Pirinçci über die Autorin. Einen anderen Tiefpunkt der Debatte lieferte ein Anwalt, der vorschlug, »dieses Päderastenweib ... »im Gangbang-Style anal zu penetrieren«. Wieder ein anderer will die »Genderlesbe« – gleich erschießen.¹³

Getragen war der Protest von rechts-konservativen und christlichen Verbänden, der »Alternative für Deutschland« und zahlreiche Internet-AktivistInnen mit verschiedensten konservativen Hintergründen.¹⁴ Die Autorin sah sich nach der Veröffentlichung ihrer Privatadresse sogar gezwungen, eini-

ge Zeit unterzutauchen, bis sich die Aufregung legt. Diese Dimensionen der Auseinandersetzung sind neu. Der stetige Bedeutungsverlust traditioneller konservativer Institutionen einerseits und die Etablierung rechtlicher Gleichstellung andererseits geht scheinbar einher mit einer Radikalisierung der Debatte mit neuen Playern, die gut vernetzt alte und neue Kanäle für ihren Unmut instrumentalisieren. Genannt sei hier neben der schon erwähnten »Initiative für wertvolle Sexualerziehung« auch die Plattform »Demo für alle – Ehe und Familie vor!«, die in Deutschland monatliche Demonstrationen durchführt, Protestschreiben, Petitionen und Kongresse durchführt.¹⁵ Der Protest scheint sich dauerhaft etablieren zu wollen. In Österreich richtete sich die jüngste Aktion gegen Plakate an Wiener Schulen, auf denen Homosexualität bei LehrerInnen thematisiert wurden¹⁶, und auch hier ist ein »Internationaler Kongress für entwicklungsensible Sexualpädagogik« geplant.

WAS DAHINTER STEHT

Wie ist dieser neue, alte Trend zu erklären, was steckt dahinter und wieso gelingt es augenscheinlich einigen Wenigen so gut, zu dem Thema zu mobilisieren, sodass zumindest medial der Eindruck entsteht, als wäre das halbe Land in Aufruhr?

Sex ist und bleibt ein heikles Thema. Zuerst einmal für jeden und jede selbst. Ein Grund für die Wogen, die das Thema schlägt, liegt wohl darin, dass Sexualität augenscheinlich viele Menschen berührt, mit jedem und jeder auch persönlich zu tun hat. Jeder Mensch trägt einen mehr oder weniger bewussten Rucksack mit Erfahrungen, Wünschen, Ängsten, Werten oder Tabus zum Thema Sexualität. Darüber hinaus gibt es viele Erwachsene, die selbst sexuelle Gewalt erfahren haben. Sexualität lässt sich also nicht losgelöst vom Eigenen behandeln und trifft auch deshalb nach wie vor einen Nerv bei den Menschen.

Sexualität von Kindern und Jugendlichen bleibt ein Tabu

Auch mehr als 100 Jahre nach Sigmund Freuds Abhandlungen zur Sexualtheorie ist das Thema kindliche Sexualität mit großen Tabus belegt. Die Empörung über »frühkindliche Masturbation« oder Sexualerziehung im Kindergarten ist bemerkenswert. Es liegt auf der Hand, dass körperliche und sexuelle Fragen auch oder gerade bei Kindern im Vorschulalter eine große Rolle spielen. Den eigenen Körper entdecken und erkunden, Ausscheidungen, Windelwechseln, Nacktheit, »Doktorspiele« oder eben kindliche Masturbation – Themen, mit denen Kindergärten zu tun haben, ob sie wollen oder

nicht. Diese Themen mit Entrüstung zurückzuweisen, ist schlicht realitätsverweigernd. Kleinen, radikalen, antifeministischen Gruppen gelingt es durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit und gute Vernetzung mit bestehenden reaktionären, konservativen, rechten und maskulinistischen Gruppen, Verbände und Parteien das Thema hochzuspielen. Medien nehmen das Thema dankbar auf, verkauft sich »Sex« am Titelblatt doch immer noch hervorragend, ebenso wie »unabhängige Eltern«, die angeblich um die Integrität ihrer Kinder bangen auch. Der Ton und die Methoden verschärfen sich durch diese AkteurInnen.

Das Internet fördert die Radikalität der Debatte

Die Dynamik der Debatte ist zweifelsfrei auch von einer Hate-Speech-Methode geprägt, die im Internet, wie sich auch bei anderen Anlässen beobachten lässt, hervorragend funktioniert. Die Dimension, in der sich Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder sexuellen Vielfalt in den letzten Jahren entlädt (man erinnere sich an den verbalen Tsunami rund um die Töchter in der Bundeshymne) ist auch der leichten Verbreitung von Meinungen inklusive Falschinformation auf sozialen Plattformen, die schnelle Kommunikation, der oft anonymen und distanzierten Rahmenbedingungen dem Gegenüber mit geschuldet und wird dadurch verschärft.

Um Sex geht es eigentlich nicht

Sexualerziehung ist nur der aktuelle Aufhänger für einen Kulturkampf, der auf viel Grundlegenderes abzielt. Die Heftigkeit der Auseinandersetzung ist wohl auch im Zusammenhang eben jener gesellschaftlichen Veränderungen zu sehen, die zu Gleichstellung von Männer und Frauen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften geführt haben und sich in den letzten Jahrzehnten stetig ausgeweitet haben. Genau darauf zielt die Kritik nämlich, wenn man sie im Kern liest.

Als einen »Angriff aggressiver Gruppen auch auf eine breite wissenschaftliche, soziale und kulturelle Bewegung« mit dem Ziel »die gesamte Richtung geschlechtsspezifischer Forschung als unwissenschaftlich zu denunzieren«, bewerten die Soziologin Paula-Irene Villa und die Deutsche Fachgesellschaft für Gender- Studies die aktuellen Auseinandersetzungen. »Antigenderismus« diene dabei als Teil eines größeren Diskurses, der political correctness als Feind stilisiert, frauenfeindliche, homo- und transphobe Positionen vertritt und sich dabei antietatistischer, antidemokratischer Affekte bedient.¹⁷ Eine vertiefende Auseinandersetzung der Bewegung und ihrer Verbindungen zur christlich-fundamentalen und rechten Kreisen

haben Villa und Hark in ihrem jüngsten Sammelband »Anti-Genderismus« begonnen.¹⁸

Dementsprechend lässt sich die Aufregung um sexuelle Bildung als Kombination aus verschiedenen Elementen verstehen, die von persönlichen Erfahrungen, Einstellungen, Werten über das Tabu kindliche Sexualität, bis zur medialen Logik und digitalen Verbreitungsmöglichkeit geht. Die Zunahme der Radikalität und Wucht der Debatte muss aber auch im Hinblick auf diese neuen AkteurInnen und ihre heterogenen Netzwerke christlich-fundamentaler, rechter und maskulinistischer Institutionen verstanden werden, mit dem scheinbar eine neue Radikalität und Organisationsformen einhergeht. Liest man nur einen Teil der Kommentare, die da formuliert werden, lässt sich schnell ein Eindruck gewinnen, wessen Geistes Kinder hier am Werk sind. Da ist selbst Andreas Unterberger, der sich im Rahmen der Empörung über den Erlass darüber echauffiert, dass doch tatsächlich die Vergewaltigung in der Ehe verboten ist,¹⁹ noch einer der harmloseren.

SEXUELLE BILDUNG UND MISSBRAUCHSPRÄVENTION

Die Erkenntnis, dass eine differenzierte, altersgemäße, an den Interessen der Kinder und Jugendlichen orientierte Sexualerziehung einer der wesentlichen Grundpfeiler der Vorbeugung von sexueller Gewalt darstellt, hat sich in Fachkreisen mittlerweile weitgehend durchgesetzt. Kinder und Jugendliche, die gut informiert sind und erwachsene Bezugspersonen haben, zu denen sie auch mit peinlichen und schwierigen Themen kommen können, sind besser geschützt vor sexuellen Übergriffen. Das liegt einerseits daran, dass kindliche Neugier zum Thema Sexualität bewusst von Menschen ausgenutzt wird, um sie in Gespräche und Handlungen zu verwickeln, mit denen schließlich ein sexueller Übergriff vorbereitet wird. Andererseits hilft ein Klima der Offenheit und des schamfreien Redens Kindern, die sexuelle Gewalt erleben oder erlebt haben, sich Hilfe zu holen.

Dass diese Offenheit (auch) in der Schule stattfindet, ist logisch und wünschenswert. Einerseits um zu gewährleisten, dass alle Kinder, unabhängig von ihren Elternhäusern und Hintergründen grundlegende Informationen zu Körperlichkeit und Sexualität erhalten, andererseits weil Sexualität ja ohnehin ein Thema ist, über das die meisten spätestens ab der Pubertät nicht unbedingt mit den eigenen Eltern sprechen wollen. Wichtig sind PädagogInnen schon jetzt – auch bei jüngeren Kindern – im Hinblick auf sexuelle Aufklärung,

Aber natürlich holen sich Kindern und Jugendliche auch aus Büchern, Internet, Filme oder von FreundInnen und ältere Geschwister die Informationen, die sie interessieren. Je intimer die Themen werden, desto weniger Rolle spielen die Eltern, das berichten SchülerInnen selbst.²⁰ Gleichzeitig wollen auch umgekehrt bei weitem nicht alle Eltern mit ihren Kindern über Sexualität reden. Tatsächlich vollzieht sich der Ablösungsprozess zu den Eltern, den Jugendliche mit der Pubertät beginnen, ja auch und gerade über das Thema Sexualität. Zudem ist diese Zeit oft besonders konfliktbehaftet, konstatieren auch Wimmer-Puchinger und Kostenwein, die Teil des ExpertInnenbeirates zum neuen Erlass waren.²¹ Welche Rolle die Eltern also insgesamt bei der sexuellen Bildung spielen, ist von Kind zu Kind sehr unterschiedlich. Dass diese Rolle aber oft nicht wahrgenommen wird und Eltern keineswegs nur positiven Einfluss auf Kinder ausüben, belegen zahlreiche Studien zu (sexuellen) Gewalttaten an Kindern innerhalb der Familie. Die Schule als ein zentraler Ort der sexuellen Bildung macht daher jedenfalls Sinn.

Klar ist dennoch, dass sexuelle Bildung ein Balanceakt zwischen öffentlicher Verantwortung und individueller Selbstbestimmung und unterschiedlichen Einflussphären und Bereichen bleibt. Bestenfalls ist sexuelle Bildung dementsprechend ein Zusammenspiel von Schule, außerschulischen Einrichtungen, fachlichen Beratungsstellen, Eltern, Online-Angeboten und Peer-Gruppe. Erst Recht ist es dann aber notwendig, Kinder und Jugendliche zu befähigen, sich eine Meinung zu bilden und verantwortungsvoll eigene Entscheidungen zu treffen.

Warum ist es dabei aber auch sinnvoll, Vielfalt abzubilden? Letztlich geht es schlicht darum, Realitäten anzuerkennen: Heute gibt kaum keine Schule, in der nicht Kinder mit alleinerziehenden Eltern oder in Patchwork-Zusammenhängen mit diversen, oft transnationalen Verwandtschaftsverhältnissen leben. Kaum eine Schule, in der nicht Kinder mit schwulen oder lesbischen Eltern oder anderen Verwandten zu finden sind, oder die selbst so empfinden. Kaum eine Schule, in der nicht auch Kinder in Wohngemeinschaften oder Heimen des Jugendamtes untergebracht sind, z. B. weil sie sexuelle Gewalt erlebt haben. Und in keiner Schule kann ausgeschlossen werden, dass intersexuelle Kinder sind oder solche, die sich falsch fühlen in ihrem Körper. Vielfalt an Lebensformen ist in jeder Schule und für viele Menschen Alltag.

Viele dieser Kinder erleben aber Abwertung und Ausgrenzung. Oft, ohne dass Erwachsene einschreiten. Diese Formen täglicher Grenzverletzung schwächen Kinder in ihrer Wahrnehmung und in ihrer Widerstandsfähigkeit. Die Selbstmordrate unter schwulen Jugendlichen ist bis heute erschreckend. Die Schule soll und muss hier gegensteuern mit einer Haltung die vermittelt, dass alle Kinder und Jugendlichen Platz haben und Wertschätzung erleben, nicht als Abweichung, sondern in der Mitte der Gesellschaft.

Sexualpädagogik vielfältig anzulegen, entspricht also dem Verständnis, unterschiedliche Kinder und Jugendliche in ihren familiären Realitäten, aber auch in ihren persönlichen und altersgerecht unterschiedlichen (sexuellen) Bedürfnissen, Interessen und Ausdrucksformen abzuholen, jedem Kind das Gefühl zu geben, »richtig« zu sein.

Eine sexualfreundliche Erziehungshaltung fördert dementsprechend Kinder und Jugendliche altersadäquat in der Fähigkeit, eigene Bedürfnisse wahrzunehmen und zu artikulieren, sich abzugrenzen oder zuzustimmen. Eine sexualfreundliche Haltung vermittelt ein Klima und eine Sprache der Wertschätzung, in der auch schon junge Kinder über gute und unangenehme Berührungen, gute und schlechte Geheimnisse, über Eigenheiten, Körpergrenzen, über Ausscheidungen, Wünsche und Ängste sprechen können sollen.

Das ist das Gegenteil von sexuellem Missbrauch und auch alles andere als an der Grenze dazu anzusiedeln: Zeitgemäße Sexualerziehung ist eine der wichtigsten Ressourcen in der Missbrauchsprävention.


MEHR DAVON!

Dass sich die Unterrichtsministerin in der Frage des Erlasses von der Empörung nicht erschüttern ließ, ist ihr hoch anzurechnen. Gleichzeitig zeigen die letzten 45 Jahre, dass es nur mit einem Schreiben des Ministeriums nicht getan ist, relativ unabhängig davon, was genau darin steht. Denn bei aller Aufregung zur Sexualerziehung an Österreichs Schulen bleibt festzustellen, diese, wenn überhaupt, sehr reduziert stattfindet und wenn, dann nur auf Initiative einzelner engagierter LehrerInnen. Wenn der Erlass mehr als ein neues Papier ohne praktische Ableitungen sein soll, braucht es auch ein Mehr an Ressourcen. Meint man das Unterrichtsprinzip ernst, wird es einerseits in den pädagogischen Hochschulen und an den Universitäten entsprechende Aus- und Weiterbildung für PädagogInnen brauchen und andererseits finanzielle Mittel, mit

denen die Schulen die angeregten projektbezogenen, interdisziplinären Projekte mit externen ExpertInnen auch tatsächlich umsetzen können.

Handlungsbedarf lässt sich nicht nur angesichts der digitalen Entwicklungen der letzten 20 Jahren und ihrem Einfluss auf Jugendsexualität konstatieren. Auch die Tatsache, dass in vielen Schulklassen durch die aktuelle Flüchtlingssituation Kinder sind, die sexuelle Traumatisierung erlebt haben, verlangt nach fundierten, kontinuierlichen und flexiblen Formen der Vermittlung sexuellen Wissens.

Dass der nächste Medienskandal nur eine Frage der Zeit ist, lässt sich hingegen erahnen, wenn man den Aufruf der »besorgten Eltern« liest: »Wir ermutigen Eltern bzw. Erziehungsberechtigte den Aufklärungsunterricht in den Schulen wachsam zu verfolgen und gegebenenfalls Protest einzulegen! Sollten Ihre Kinder unangenehme Erfahrungen im Rahmen der schulischen Aufklärung gemacht haben, kontaktieren Sie uns bitte.« Man darf tatsächlich gespannt sein, wie die Initiative an anderer Stelle schreibt, welches »sexualpädagogische Projekt als erstes den Weg in die Schlagzeilen« finden wird. Wer die Skandalisierung betreiben wird, lässt sich indessen jetzt schon abschätzen.

Dem Vorwurf der »Ideologie« in der Frage der Sexualaufklärung bleibt entgegenzuhalten, dass es sich hier, um eine politische Haltung handelt, die fachlich gesehen dem Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt dient und politisch verstanden das Eintreten für eine Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle meint. Umgekehrt richtet sich der Kampf gegen eine moderne Sexualerziehung letztlich gegen die Gleichstellung der Geschlechter und die Beseitigung der Diskriminierung Homosexueller. Es trifft also zu, dass in dieser Frage politische Wertehaltungen aufeinandertreffen. Dass es auch in dieser Frage letztlich um eine Auseinandersetzung um die Gleichheit aller Menschen handelt, beirrt aber weniger, als es bestärkt. 

STEFANIE VASOLD

ist Politikwissenschaftlerin und Mediatorin, Vorsitzende der SPÖ-Frauen Wien-Josefstadt und im Verein Selbstlaut aktiv. Selbstlaut ist ein überparteilicher, gemeinnütziger Verein, der das Thema sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen ins Zentrum seiner Arbeit stellt.

Mitarbeit: **ANGELIKA M. TRABE**

1. Kluge, Norbert (2013): Sexuelle Bildung, Erziehungswissenschaftliche Grundlagen, und Vlatl, Karlheinz (2013): Sexuelle Bildung: Neues Paradigma einer Sexualpädagogik für alle Lebensalter, in: Schmidt/Sielert (Hg): Handbuch Sexualpädagogik und sexuelle Bildung, S. 116ff und S. 125ff
2. https://www.bmbf.gv.at/ministerium/rs/2015_11.html
3. WHO-Europa/BZGA (2011): Standards für die Sexualaufklärung in Europa: <http://www.bzga-whocc.de/pdf.php?id=000254efcd83a4158f57c86c386c4fad>
4. Auswahl: <http://kurier.at/wirtschaft/unternehmen/georg-feith-das-ist-ein-verlogenes-system/133.242.059>
<https://www.oecv.at/News/Detail/2353>
<http://www.kirchenzeitung.at/newsdetail/rubrik/heftige-debatte-um-sexualkunde-erlass/>
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150417_OTS0092/sexualerziehung-heftige-kirchenkritik-fuer-ministervorschlag
<http://www.ief.at/content/site/aktuelles/article/634.html>
http://www.spaemann.com/fileadmin/templates/christian/pdf/Stellungnahme_zur_Online-Erhebung.pdf
<http://www.cpo.e.or.at/Inhalt/de/2015-06-08-1433757594/Presse>
<http://www2.land-oberoesterreich.gv.at/internet/tgbeilagen/Beilage%201523/2015%20-%20Initiativantrag.pdf?id=6186&n=1523&j=2015>
<http://www.tt.com/home/10017260-93/sexualerziehung-neu-erregungs-faktor-hoch.csp>
<http://www.fpoe-noe.at/news-detail/news/fp-landbauer-neuer-erlass-zur/>
<https://www.oecv.at/News/Detail/2353>
5. <http://diepresse.com/home/meinung/quer-geschrieben/walterskirchen/4712198/>
Sexualerziehung_Ein-neuer-Erlass-der-an-Kindesmissbrauch-grenzt
6. <http://www.andreas-unterberger.at/2015/08/>
die-maenner-verunsichert-feige-und-perspektivenarm/?s=sexualerzie
7. <http://diepresse.com/home/bildung/4727605/>
Schule_Kommt-verstaatlichte-Sexkunde
8. www.sexualerziehung.at
9. <http://www.sexualerziehung.at/wp-content/uploads/AnalysedesErlasses2015.pdf>
10. Neubauer, Georg (2013): Sexualität im Jugendalter, in: Schmidt/Sielert (Hg): Handbuch Sexualpädagogik und sexuelle Bildung, S. 364
11. <http://derstandard.at/2000023084365/Christliche-Aktivistin-in-Wiener-Oevp-sorgt-fuer-Aufregung>
<http://www.sibyllehamann.com/2015/05/sex-luegen-und-ein-video/>
12. <https://www.freitag.de/autoren/magda/woher-kommt-all-der-hass>
13. http://de.wikimannia.org/Elisabeth_Tuider
14. <https://demofueralle.wordpress.com>
15. <http://diepresse.com/home/bildung/schule/4863608/>
16. [vfswSexualitaet_Frau-Lehrerin-hat-eine-Frau-Wie-jetzt?offset=0&page=1](http://www.vfsw.at/sexualitaet/Frau-Lehrerin-hat-eine-Frau-Wie-jetzt?offset=0&page=1)

17. <http://www.soziologie.de/de/nc/aktuell/stellungnahmen/single-view/archive/2014/07/23/article/erklarung-der-deutschen-gesellschaft-fuer-soziologie-dgs-zu-aktuellen-kampagnen-der-diskreditieru-1.html>
18. Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): Anti-Genderismus, Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen
19. http://www.andreas-unterberger.at/2015/08/die-maenner-verunsichert-feige-und-perspektivenarm/?s=sexualerziehung#_ftn5
20. derstandard.at/2000017599622/
Bei heiklen Aufklärungsthemen spielen Eltern geringe Rolle
21. derstandard.at/2000015787787/
Debatte zur Sexualpädagogik - Zurück in die Achtzigerjahre



Alfons Walde
Kitzbühel um 1940
© Alfons Walde / Bildrecht, Wien

AUGEN AUF!

100 JAHRE LEICA FOTOGRAFIE

WestLicht / Ostlicht



Bruce Gilden

Ohne Titel, aus dem Zyklus »GO«, 2001

© Bruce Gilden 2014 / Magnum Photos

Europa zwischen Konvergenz und Divergenz

Europa leidet unter einem Auseinanderdriften der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Mitgliedstaaten. Stefan Brocca liefert eine ernüchternde Bewertung der europäischen Konvergenzpolitik.

Zu den zentralen Zielen der europäischen Integration gehört, dass die weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten durch aufholendes Wachstum ihren Einkommensrückstand auf die höher industrialisierten EU-Partner wettmachen. Und tatsächlich ist die Wohlstandslücke zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union geringer geworden: Das Pro-Kopf-Einkommen in den neuen Mitgliedstaaten hat sich seit Mitte der 1990er Jahre dem Durchschnitt der ehemals EU-15 angenähert.

Andere Einkommensdisparitäten, allen voran die sogenannte Nord-Süd-Einkommenslücke, wurden in den letzten Jahren allerdings deutlich ausgeprägter. Insbesondere die Einkommensunterschiede – gemessen als die Abweichung des Pro-Kopf-Einkommens der Mitgliedstaaten vom Mittelwert – innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion (wwu) haben seit 2008 um beachtliche 29 Prozent zugenommen. Auffällig ist auch, dass Ökonomien wie Frankreich und Italien, die früher dynamisch waren, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit anhaltend hinter Deutschland zurückfallen. Dadurch klappt die Nord-Süd-Einkommenslücke in der wwu immer weiter auf.

Diese Divergenztrends im Eurogebiet sind keine Folge der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise, auch wenn die Krise sie zweifellos verschärft hat. Als eine Ursache kann vielmehr der Euro selbst identifiziert werden: Während EU-Mitgliedstaaten, die eine eigene Geldpolitik betreiben, zum Wachstum zurückgekehrt sind, haben einzelne Mitgliedstaaten der wwu große Schwierigkeiten, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Die wwu leidet unter einem Auseinanderdriften der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Mitgliedstaaten.

KONVERGENZ – DIVERGENZ

Unter Konvergenz werden sehr unterschiedliche Dinge ver-

standen. Lange Zeit ging es einfach um die Angleichung der (Pro-Kopf-)Einkommen zwischen Regionen oder Staaten. Innerhalb der EU hatte sich dafür auch der Begriff der Kohäsion oder der des Zusammenhalts eingebürgert. Vor allem für die Angleichung der Einkommen zwischen den Regionen, die in der EU seit 1973 (erste Erweiterung um Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich) mit einem ihrer größten Programme, den Struktur- und Regionalfonds, betrieben wird.

Traditionell hat sich die EU vor allem den Ausgleich der regionalen Einkommensunterschiede im Sinne der sozialen Kohäsion zum Ziel gesetzt. Bereits die Römischen Verträge erwähnen das Ziel, rückständige Gebiete zu entwickeln. Die Hoffnung, durch einen EU-Beitritt die eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, spielte für viele ärmere Länder eine wichtige Rolle beim Entschluss, die Aufnahme zu beantragen und den aufwändigen Prozess der Übernahme bzw. Anpassung an den gemeinschaftlichen Besitzstand (acquis communautaire) durchzustehen. Umgekehrt erwartete die EU, dass die jungen Demokratien Südeuropas in den 1980er Jahren sowie Mittel- und Osteuropas in den 1990er Jahren auch durch den wirtschaftlichen Erfolg stabilisiert würden.

Europa wies nach dem Zweiten Weltkrieg einen ungleichen Konvergenzprozess mit stärkeren Aufholprozessen bis etwa 1973 und geringen und uneinheitlichen Aufholprozessen bis 1999 auf. Ab 1999 ist der Befund jedoch nicht mehr eindeutig, aber die Mehrzahl der Indikatoren für Wachstum weist weiterhin eine Konvergenz auf. Vor allem die postkommunistischen Mitgliedstaaten konnten gut aufholen. Das Wachstum in der Südperipherie war schwächer und ab 2009 aufgrund der Austeritätspolitik sogar negativ. Treiber des Aufholprozesses war die Produktivität, die in den ärmeren Ländern schneller zunahm. Die Einkommensverteilung veränderte sich wenig, aber es war eine abnehmende Armut zu beobachten.

Die Umverteilung wirkte in den Mitgliedstaaten unterschiedlich stark. Deutliche Unterschiede zeigen sich weiterhin bei den sogenannten Sozialschutzquoten. Bei der Lebenserwartung, der sozialen Deprivation und der sozialen Lage der Beschäftigten ist Konvergenz festzustellen. Manche Fortschritte wurden aber durch die Rezession und Austeritätspolitik ab 2008/2009 wieder rückgängig gemacht.

BEDEUTUNGSWANDEL

Im Zuge der Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vollzog sich jedoch ein Bedeutungswandel. Nun wurde unter Konvergenz vor allem und zu aller erst eine Annäherung bei den für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien wichtigsten Indikatoren verstanden (also Haushaltsdefizite, Staatsschuldenquote, Inflation und Wechselkurs). Die EU-Mitgliedstaaten werden gedrängt, hier entsprechende Zielwerte zu erreichen, um ihre vertragliche Verpflichtung zur Übernahme des Euro zu erfüllen (Vertragliche Ausnahmen zu automatischen Übernahme/Einführung des Euro bestehen nur für Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich; alle anderen EU-Mitglieder sind vertraglich dazu verpflichtet, den Euro zu übernehmen).

Im Rahmen der Lissabon-Strategie und insbesondere des Folgeprogramms Europa 2020 legte die EU eine Reihe von Zielen hinsichtlich Beschäftigung, Bildung, Forschung und Entwicklung, Klimaschutz und Armutsbekämpfung fest. Sie sollten durch nationale Programme erreicht werden. Die Abstimmung und Festlegung dieser Programme soll mittels der offenen Methode der Koordinierung erfolgen (die Wahl der Methode hat jedoch so ihre Tücken: Beschlüsse fallen im Konsens, eine rechtliche Durchsetzbarkeit der Vereinbarungen existiert nicht). Im Erfolgsfall würde dies jedenfalls zu einer Konvergenz in diesen Bereichen führen. Was aber beharrlich auf sich warten lässt, ist der Erfolg.

In der Folge der Staatsschuldenkrise von 2010 hat die EU beziehungsweise die Eurozone eine Reihe weiterer makroökonomischer Überwachungsprogramme beschlossen, um ähnlichen Krisen vorzubeugen. Im Kern zielen die Programme (Fiskalpakt, Europäisches Semester) vor allem auf die Staatsschulden oder Haushaltsdefizite und erweitern beziehungsweise vertiefen die Konvergenz-Anforderungen der Maastricht-Kriterien. Angesichts der Kritik an dieser einseitigen Fokussierung führte die EU die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte ein, die mittels eines Scoreboards elf Hauptindikatoren (u. a. Leistungsbilanz,

Wettbewerbsfähigkeit, private Verschuldung) umfasst und so über eine rein budgetäre Koordinierung der Wirtschaftspolitiken hinausreicht.

Letztlich kann der Begriff der Konvergenz in sehr vielerlei Weise verstanden werden und wird auch sehr unterschiedlich gebraucht. Grundsätzlich kommen dabei drei Blickwinkel infrage:

- Reale Konvergenz von Einkommen, Lebensverhältnissen, Beschäftigungsquoten, Anteil erneuerbarer Energien etc.;
- Konvergenz von Politiken (z. B. Fiskalpolitik, Geldpolitik, Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, aber auch Außenpolitik) und Institutionen (z. B. Zentralbankunabhängigkeit);
- Konvergenz von Haltungen und Meinungen (z. B. Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft oder allgemeine politische, soziale oder kulturelle Präferenzen).

Zur Vollständigkeit sei hier auch noch eine Definition für Divergenz angeführt: das Gegenteil von »Konvergenz«, also das Auseinanderdriften von Regionen oder Mitgliedstaaten bezüglich Einkommen oder anderer Indikatoren.

EINKOMMENSANGLEICHUNG NACH DER WACHSTUMSTHEORIE

Der Prozess der europäischen Integration, der zumeist auch als ein Befriedigungsprozess verstanden wird, mit dem die historischen Konflikte zwischen den europäischen Nationen überwunden werden sollen, hatte von vornherein auch wirtschaftliche und soziale Dimensionen. Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Eigenschaften und deren Entwicklungsstufen divergierten, sollten zusammenkommen, um im Zuge eines Konvergenzprozesses ähnliche (möglichst hohe) Einkommensniveaus und damit Lebensstandards zu erreichen. Insbesondere die Erweiterungsrounden 1981/85 (Griechenland bzw. Spanien und Portugal) sowie 2004/07 (Osterweiterung, inklusive Zypern und Malta) zielten deutlich in diese Richtung. Die weniger wohlhabenden Länder im Süden und Osten der EU sollten im Zuge dessen schneller wachsen als die industrialisierten Länder des westlichen Mittel- und Nordeuropa. Das Wachstum letzterer sollte dabei gleichwohl ebenfalls beschleunigt werden.

Ein stetiges Konvergieren der Einkommen integrierter Volkswirtschaften mit abweichenden Einkommensniveaus der anderen Volkswirtschaften ist ein Beleg dafür, dass das Wachstum in den aufholenden Ökonomien störungsfrei ver-

läuft. Umgekehrt deutet ein Ausbleiben der Konvergenz bzw. eine Divergenz auf wirtschaftspolitische Fehler hin. Das wohl zentrale ökonomische Instrument zur Förderung der ökonomischen Konvergenz in der EU sind die vier Freiheiten, wie sie in Artikel 26 (2) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) genannt sind: »Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen der Verträge gewährleistet ist.« Das anfängliche Wirtschaftsgefälle innerhalb des Wirtschaftsraums sollte unter diesen Bedingungen und bei voll entfaltenen Marktkräften zu einer Angleichung der Einkommensniveaus (des Lebensstandards) führen. Da es für die Kapitalmobilität keine Hindernisse mehr geben dürfte, würden aus den kapitalreichen Volkswirtschaften Investitionen in jene Mitgliedstaaten fließen, die ein aufholendes Wachstum verzeichnen.

Das ist bedingt durch den geringeren Kapitalstock je Arbeiter in diesen Staaten und die folglich größere Investitionsrentabilität (höhere Kapitalgrenzprodukte, da Brutto- und Nettoinvestitionen zunächst fast identisch sind). Der stetige Kapitalstrom sorgt für eine bessere Kapitalausstattung pro Arbeiter und damit für Produktivitätswachstum. Daraus wiederum resultiert langfristig eine EU-weite Angleichung der Güter- und Faktorpreise, einschließlich der Löhne. Ein Ausbleiben der Konvergenz ist ein Indikator für wirtschaftspolitische Fehllenkungen, die eine Realisierung der vier Freiheiten erschweren.

Nach der Wachstumstheorie ist eine Einkommenskonvergenz möglich, wird aber beispielsweise dann nicht eintreten, wenn Überregulierung und Korruption die Investitionsrenditen schmälern und der Ausbau des Kapitalstocks zum Erliegen kommt. Anfängliche Aufholprozesse können auch zum Stillstand kommen, wenn verschiedenartige Schocks die Voraussetzungen für ein Angleichen der Wohlstandsniveaus beeinträchtigen. Ursache für einen solchen Stillstand könnte eine unzureichende Investitionsquote infolge zu geringen Sparens sein, und dies bei unattraktiven Bedingungen für ausländische Direktinvestitionen, was die Bildung eines großen Kapitalstocks behindert. Die resultierenden strukturellen Verwerfungen können dazu führen, dass sich die bis dato positiven Wachstumstrends umkehren. Insbesondere Länder mit abschließendem Wachstum laufen auf diese Weise Gefahr, ihre Aufholerfolge zu verspielen. Weil sie es nicht schaffen, über lange Zeitperioden hinweg überdurchschnittlich zu wachsen, werden sie auch nicht zu entwickelten Ökonomien.

Die Vorhersage der Wachstumstheorie, dass weniger entwickelte Länder bei Produktivität und Einkommen aufholen können, kann im Sinne einer Konvergenz der Ost- und West-Einkommen in der EU dennoch als zutreffend gelten. Während die Wirtschaftsleistung des Kernlandes der EU-15, Deutschland, seit 2000 um 45 Prozent gewachsen ist, hat sich die Leistung der meisten neuen Mitgliedstaaten teilweise verdoppelt. Die Gruppe der neuen Mitgliedstaaten aus Ostmittel- und Südosteuropa hat als Ganze den Abstand zum westeuropäischen Einkommensniveau merklich verkürzt, wobei im Einklang mit der Wachstumstheorie die bereits wohlhabendere Tschechische Republik weniger dazugewonnen hat als beispielsweise die Slowakei, die allerdings auch von einem niedrigeren Niveau aus gestartet ist. Auch Polen und die drei baltischen Staaten haben ihre gegenüber Deutschland bestehende Einkommenslücke klar verkleinert. Rumänien und Bulgarien sind ebenfalls schneller gewachsen als die EU-15, kämpfen aber mit noch verbreiteter absoluter Armut.

Während der Wohlstandsabstand zwischen Ost und West geringer wurde, hat sich im Euroraum der Konvergenzprozess verlangsamt, ja er ist in einen Divergenzprozess umgeschlagen: Seit Ausbruch der Krise sind die entwickelten Volkswirtschaften real schneller gewachsen als die Länder der Südschiene (denen ökonomisch auch Frankreich zugezählt werden kann). Die Staaten der Südschiene gerieten in eine schwere Krise, beim Pro-Kopf-Einkommen wurde die Lücke zum Norden immer größer. Die Divergenz der Pro-Kopf-Einkommen in den zehn größeren Mitgliedstaaten des Nordens und des Südens der WWU – gemessen anhand der Abweichung vom Mittelwert – nahm zwischen 2007 und 2014 um beachtliche 29 Prozent zu. Das steht im Widerspruch zur allgemeinen Hoffnung, dass die auf der Einheitswährung fußende Wirtschaftsintegration eine Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen im Eurogebiet mit sich bringen würde, so dass die Länder an der Peripherie bei aufholendem Wachstum zum entwickelten Kern aufschließen. Es stellt sich die Frage, ob nicht die gemeinsame Währung zum eigentlichen Divergenztreiber geworden ist. Eine endgültige Beantwortung dieser Frage scheint derzeit jedoch nicht möglich.

EUROPÄISCHES SEMESTER

Alle EU-Länder haben sich zur Verwirklichung der Europa-2020-Ziele verpflichtet und diese in nationale Ziele umgesetzt. Die fünf EU-Kernziele für das Jahr 2020 sind bekanntlich:

- Beschäftigung: 75 % der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.

- Forschung und Entwicklung: 3 % des BIP der EU sollen für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.
- Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft: Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % (oder sogar um 30 %, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind) gegenüber 1990; Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 %; Steigerung der Energieeffizienz um 20 %.
- Bildung: Verringerung der Quote vorzeitiger Schulabgänger auf unter 10 %; Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 %.
- Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Die gewünschten Wachstumseffekte können sich aber nur dann einstellen, wenn die individuellen Anstrengungen aller EU-Länder koordiniert und gebündelt werden. Aus diesem Grund hat die EU einen jährlichen Zyklus für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik eingerichtet, das so genannte Europäische Semester. Jedes Jahr nimmt die EU-Kommission eine eingehende Analyse der haushaltspolitischen, makroökonomischen und strukturellen Reformpläne der EU-Länder vor und gibt ihnen Empfehlungen für die nächsten 12 bis 18 Monate.

Im Oktober 2015 hat die Kommission eine weitere Straffung des Europäischen Semesters beschlossen. Dazu zählen insbesondere eine bessere Integration von Euroraum- und nationaler Dimension, eine stärkere Fokussierung auf Beschäftigung und Soziales, ein verstärkter demokratischer Dialog, die Förderung von Konvergenz durch Benchmarking und Einhaltung bewährter Praktiken sowie die Förderung von Reformen durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und technische Unterstützung.

Das Europäische Semester beginnt, wenn die Kommission – in der Regel gegen Jahresende – ihren Jahreswachstumsbericht annimmt. Darin werden die Prioritäten der EU zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum dargelegt. Die Kommission veröffentlicht gleichzeitig ihren Warnmechanismus-Bericht im Rahmen des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht. Auf der Grundlage eines anhand wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren erstellten Scoreboards werden in diesem Bericht diejenigen Mitgliedstaaten ausgewiesen, bei denen weitere Analysen in Form einer eingehenden Überprüfung erforderlich sind, um

das Vorhandensein und die Art möglicher Ungleichgewichte festzustellen. Ganz konkret bedeutet dies: Im September nennt der Präsident der Europäischen Kommission in seiner Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten. Die Ergebnisse der anschließenden Debatte fließen in den Jahreswachstumsbericht für das kommende Jahr ein.

Im Oktober legen die Euro-Länder ihre Haushaltsentwürfe für das darauf folgende Jahr vor. Im November gibt die Kommission eine Stellungnahme zu jedem einzelnen Entwurf ab. Dabei prüft sie insbesondere, ob die Haushaltsentwürfe den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts entsprechen.

Im November verabschiedet die Kommission den Jahreswachstumsbericht und den Warnmechanismus-Bericht und bewertet die von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets vorgelegten Übersichten über die Haushaltsplanung.

Im Februar veröffentlicht die Kommission für jeden Mitgliedstaat einen Analysebericht, der die jeweilige Wirtschaftslage und den Zeitplan für Reformen untersucht und – sofern auf der Grundlage des Warnmechanismus-Berichts angebracht – etwaige Ungleichgewichte des betreffenden Mitgliedstaats aufzeigt.

Auf seiner Frühjahrstagung im März zieht der Europäische Rat (Staats- und Regierungschefs) Bilanz über die makroökonomische Gesamtlage und die erzielten Fortschritte auf dem Weg zu den Europa-2020-Zielen und gibt politische Orientierungen zur Haushaltskonsolidierung, zu makroökonomischen und zu strukturellen Reformen.

Im April legen die Mitgliedstaaten ihre Pläne für die Haushaltskonsolidierung (Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme) sowie für Reformen und Maßnahmen zur Erreichung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums in Bereichen wie Beschäftigung, Bildung, Forschung, Innovation, Energie und soziale Eingliederung (nationale Reformprogramme) vor.

Im Mai gibt die Kommission für alle Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Länder, die ein makroökonomisches Anpassungsprogramm durchlaufen, länderspezifische Empfehlungen ab. Darin sind maßgeschneiderte politische Empfehlungen für die Mitgliedstaaten in den Bereichen enthalten, die für die nächsten 12 bis 18 Monate als prioritär angesehen werden.

Der Rat »Wirtschaft und Finanzen« erörtert diese Empfehlungen, und der Europäische Rat gibt seine Zustimmung. So erhalten die Mitgliedstaaten politische Leitlinien, bevor sie ihre Haushaltsentwürfe für das folgende Jahr fertigstellen.

Ende Juni/Anfang Juli genehmigt der Rat offiziell die länderspezifischen Empfehlungen. Werden Empfehlungen nicht im vorgegebenen Zeitrahmen umgesetzt, können politische Warnungen ausgesprochen werden. Im Fall übermäßiger haushaltspolitischer und makroökonomischer Ungleichgewichte besteht auch die Möglichkeit von Anreizen und Sanktionen.

Um sicherzustellen, dass die nötigen Maßnahmen von einer breiten Mehrheit mitgetragen werden, wird bei ihrer Durchführung die enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, beratenden Einrichtungen der EU (Ausschuss der Regionen und Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss) und den Mitgliedstaaten gesucht. Dazu gehören insbesondere Informationsreisen, bilaterale Sitzungen zwischen den nationalen Behörden und der Kommission sowie die umfassende Einbeziehung der nationalen Parlamente, der Sozialpartner, der Regionen und anderer Akteure.

AKTUELLE EMPFEHLUNGEN FÜR ÖSTERREICH


Die aktuell für Österreich gültigen Empfehlungen (vom 14. Juli 2015) betreffen u. a.

- eine Abweichung vom mittelfristigen Haushaltsziel in den Jahren 2015 und 2016 zu vermeiden;
- die Budgetneutralität der Steuerreform sicherzustellen;
- die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit zu verringern;
- die langfristige Tragfähigkeit des Pensionssystems sicherzustellen, u. a. durch frühere Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsalters für Frauen und;
- die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitnehmern und Frauen;
- verstärkt Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegedienste bereitzustellen;
- Maßnahmen, um die Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen zu verbessern.

Im aktualisierten Warnmechanismusbericht 2016 (26. November 2015) liegen für Österreich einige Indikatoren über ihren indikativen Schwellenwerten, und zwar die Verluste von Exportmarktanteilen, der gesamtstaatliche Schuldenstand und der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Zusammenfassend wird für Österreich festgehalten: »Insgesamt deutet die wirt-

schaftliche Auslegung auf Probleme im Zusammenhang mit dem Finanzsektor hin, insbesondere mit seiner hohen Anfälligkeit für Entwicklungen im Ausland, den tatsächlichen und potenziellen Spillover-Effekten zwischen dem Finanzsektor und den öffentlichen Finanzen und den Auswirkungen auf die Kreditvergabe an den privaten Sektor. Daher erscheint es der Kommission sinnvoll, die diesbezüglichen Risiken eingehender zu prüfen, um festzustellen, ob ein Ungleichgewicht vorliegt.«

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Konvergenz bei wirtschaftlichen Indikatoren (Wirtschaftswachstum, Einkommen und sozialen Lebensverhältnissen) erfordert schnelleres Wachstum in zuvor schwächeren Ländern. Der europäische Integrationsprozess hat über lange Zeit gute Konvergenzerfolge aufzuweisen. Vor allem die neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten haben in diesem Bereich beachtlich aufgeholt. Allerdings war das Wachstum in der Südperipherie (auch schon vor der Krise 2008/09) schwächer und ist im Zuge der Austeritätspolitik so eingebrochen, dass nun eine anhaltende divergente Entwicklung zu beobachten ist. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass wirtschaftliche Integration keine Garantie für automatische Konvergenz darstellen muss, da sie sowohl die Bewegung von Arbeit und Kapital als auch Konzentrationsprozesse erleichtert und dies zu unerwarteten Verwerfungen führen kann. Nach Jahrzehnten europäischer Konvergenz- und Kohäsionspolitik muss daher ernüchternd festgestellt werden: Aufholprozesse ärmerer Länder können – abhängig von den jeweiligen Rahmenbedingungen – gelingen oder scheitern. 

STEFAN BROČZA

ist Experte für Europarecht und Internationale Beziehungen.
Er lehrt an der Universität Salzburg.

LITERATURTIPPS

Stefan Brocza (2015/16): Europa zwischen Konvergenz und Divergenz; Reader zur Vorlesung an der Universität Salzburg im Wintersemester 2015/16. | **Michael Dauerstädt** (2014): Konvergenz in der Krise. Europas gefährdete Integration; Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. | **Ognian N. Hishov** (2014): Divergenz statt Konvergenz in der Wirtschafts- und Währungsunion? Ein währungstheoretisch begründetes Plädoyer für eine andere Währungsunion; Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

AUGEN AUF!

100 JAHRE LEICA FOTOGRAFIE

WestLicht / Ostlicht



Bernd Arnold

Kardinal in seinem Dienstwagen, Köln 1989

© Bernd Arnold



Julia Baier
Ohne Titel, aus der Serie »Geschwebe«, 2014
© Julia Baier



Viktor Kolář

Einheimische beim Kegeln während eines Sommer-
wochenendes, aus der Serie »Ostrava« 1981

© Viktor Kolář

Tunesien – Demokratie braucht sozialen Fortschritt

Tunesien gilt als »Musterland« des arabischen Frühlings: Im Unterschied zu anderen Ländern des arabischen Raums konnten sich hier die säkularen Kräfte in demokratischen Wahlen durchsetzen. Für ihre Rolle im Demokratisierungsprozess wurde vier tunesischen Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter dem Gewerkschaftsverband UGTT, der Friedensnobelpreis verliehen. Am 20. und 21. Jänner 2016 stattete Bundespräsident Heinz Fischer Tunesien einen Staatsbesuch ab. Muna Duzdar war Teil der großen Delegation und verbindet ihren Bericht mit einer kurzen Analyse der politischen Situation.

Eine achtzigköpfige Delegation aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur reiste mit Bundespräsidenten Heinz Fischer Ende Jänner auf offiziellen Staatsbesuch nach Tunis. Das Programm war für anderthalb Tage sehr dicht, vom Flughafen ging es gleich zum prunkvollen Präsidentenpalast nach Karthago, einem Vorort von Tunis, wo wir vom Präsidenten der Republik Tunesiens, Beji Caid Essebsi mit militärischen Ehren empfangen wurden.

Während beide Präsidenten betonten, dass die diplomatischen Beziehungen beider Staaten bis ins 18. Jahrhundert reichen und von Seiten des tunesischen Präsidenten die Rolle Österreichs als neutrales Land in internationalen Beziehungen positiv hervorgehoben wurde, beklagte dieser aber gleichzeitig, dass Tunesien zwar viele Freunde in der Welt habe, die materielle Unterstützungen seines Landes jedoch über moralische Beipflichtungen nicht hinausgehen würde. Das Land sei im fünften Jahr nach Ausbruch der Revolution und habe große Schwierigkeiten zu überwinden. Tatsächlich ist zu befürchten, dass ohne Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der demokratische Übergang gefährdet sei. Soziale Unruhen erschütterten in diesen Tagen das Land.

Die ökonomischen Probleme sind durchaus vielschichtig: Rund 250.000 der 700.000 arbeitslosen Menschen sind AkademikerInnen, gerade in den ländlichen Regionen gebe es ein massives Armutproblem. Der islamistische Terrorismus, auf dessen Konto drei Anschläge im Jahr 2015 gingen, habe dem Tourismussektor schwer geschadet. Die tunesische Staatsführung ist sich darüber im Klaren, dass die Demokratie in Frage

gestellt werde, wenn sich die wirtschaftliche Lage nicht verbessere und die Arbeitslosigkeit nicht zurückginge. Allein mit der am 26. Jänner 2015 adaptierten Verfassung sei Demokratie noch nicht gesichert. Der demokratische Prozess sei auch keine Kleinigkeit in einer Welt, die das nicht begünstigen würde. Auch die Sicherheitslage setze Tunesien zu: Mit Libyen, einem zerfallenen Staat mit dort kämpfenden Terrorgruppen, habe Tunesien eine sehr lange Grenze. Unser Bundespräsident honorierte die Demokratietarbeit in Tunesien und gratulierte zum Friedensnobelpreis. Er sprach aber auch die Abschaffung der Todesstrafe in Tunesien, die allerdings derzeit nicht vollstreckt wird, an.

AUSÜBUNG VON KONTROLLRECHTEN

Auch ein Treffen mit dem Parlamentspräsidenten stand auf dem Programm. Derzeit bestehen sechs Parlamentsfraktionen, von denen vier der Regierung angehören. Mit dem Übergang zur Demokratie sei das Land durch eine neue Ära gegangen, das Parlament sehe seine Aufgaben vor allem in der Ausübung von Kontrollrechten der Regierungsarbeit. Die Frauenquote im Parlament liege bei 34%, das Wahlgesetz sehe eine Parität zwischen Mann und Frau vor, zudem sehe die tunesische Verfassung die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern auf allen Ebenen vor. Gegenstand des weiteren Gespräches waren vor allem außenpolitische Fragen rund um die Konflikte in der Region. Eine Diskussion mit Experten zum Thema Menschenrechte und Verfassung folgte. Im Rahmen eines Vortrags von Universitätsprofessor Wolfgang Benedek wurde das Menschenrechtshandbuch (*Understanding Human Rights*), an dem 40 Experten mitgearbeitet haben und das in Kooperation mit

dem Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie in Graz erschienen ist und in zweiter Auflage ins Arabische übersetzt wurde, vorgestellt. Das Menschenrechtshandbuch gibt es in siebzehn Sprachen und soll Menschenrechtsbildung weltweit vorantreiben. Die tunesischen Verfassungsexperten beteuerten, dass Tunesien bereits 1847 die Sklaverei abgeschafft habe, und seit 1861 eine Verfassung habe. Mit dem Personenstandsgesetz von 1956 wurde die Gleichheit zwischen Mann und Frau gesetzlich verankert und hatte dies große Auswirkungen auf die Gesellschaft, eine Demokratisierung der Gesellschaft blieb allerdings aus. Während verfassungsrechtliche Parallelen zwischen Tunesien und Österreich in der anfänglichen Verfassungsgeschichte beider Länder zu beobachten waren, ging die Entwicklung in Hinblick auf die fehlende Demokratisierung später auseinander. Bemerkenswert erscheint, dass das Werk von Hans Kelsen in Tunesien stark rezipiert wird und mehrmals positiv hervorgehoben wurde.

Mit dem Besuch des Bardo Museums setzte die Delegation auch einen symbolischen Akt, waren doch im Vorjahr 22 BesucherInnen durch einen Terroranschlag getötet worden.

GEWERKSCHAFTSVERBAND

Ein persönlicher Höhepunkt war für mich das Zusammentreffen mit dem Generalsekretär (Präsident) des Tunesischen Gewerkschaftsverbandes (*UGTT – Union General tunisienne de travail*) und Friedensnobelpreisträger Houcine Abassi, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, im Gewerkschaftshaus im Zentrum von Tunis, gemeinsam mit dem Präsidenten des österreichischen Arbeiterkammertages, Rudi Kaske.

Im Sommer 2013, als die Gefahr bestand, dass der Demokratisierungsprozess auf Grund der Ermordung linker Oppositionspolitiker, der eskalierenden Konfrontation zwischen dem säkularen politischen Lager und dem religiös-politischen Lager und aufgrund sozialer Unruhen zusammenbrechen könnte, war es die tunesische Gewerkschaft in Person von Houcine Abassi, die den nationalen Dialog einberief, und letztlich auch den Rückzug der islamistischen Partei aus der Regierung erzwang. Gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband UTICA, die Menschenrechtsliga (LTDH) und die Anwaltskammer bildete die UGTT das »Quartett für den nationalen Dialog«, dem der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Großes Interesse zeigte

Houcine Abassi an der österreichischen Sozialpartnerschaft und der Befriedung sozialer Konflikte durch die Einbindung von Gewerkschaften und ArbeitnehmerInneninteressen in die politische Entscheidungsfindung.

Die Gewerkschaft wolle sich nicht laufend in die täglichen Auseinandersetzungen der politischen Parteien einmischen. Die Gewerkschaft sei allerdings bereit, im Krisenfall im Interesse und der Stabilität des Landes einzuschreiten, wie sie es beim »nationalen Dialog« getan habe, versicherte Abassi. Die starke gesellschaftliche Verankerung der tunesischen Gewerkschaften stellt eine weitere Sondersituation dar. Die UGTT war auch in das Herrschaftssystem des früheren Diktators Ben Ali eingebunden, erlebte aber im Zuge der Revolution ebenfalls eine Transformation. Sie stellte eine der bestorganisierten Kräfte gegen den Herrschaftsanspruch der islamistischen Ennadah-Partei dar. Bei der Verabschiedung skizzierte Abassi anhand der Porträtfotos in seinem Büro die historische Rolle und Verdienste der Gewerkschaftsbewegung in Tunesien: Farhat Hached, erster Generalsekretär der UGTT, wurde vom französischen Geheimdienst ermordet. Habib Achour, auch Generalsekretär, saß mehrmals im Gefängnis, weil er sich den Machtansprüchen Habib Bourgibas widersetzte. Die Gewerkschaft in Tunesien hat im Gegensatz zu anderen arabischen Ländern historische Tradition und ist eine Massenbewegung.

POLITISCHE VERÄNDERUNGEN

Dass die angespannte soziale Lage neue Konflikte provoziert war nicht nur auf den Straßen sichtbar. Auch im Rahmen des diplomatischen Besuchsprogramms wurden neue politische Allianzen und Trennungslinien sichtbar. Das große Staatsbankett, zu dem der Staatspräsident die gesamte Delegation eingeladen hatte, fand im pompösen Festsaal des Staatsgästehauses statt, das Platz für rund 200 Personen bot. Dieser Saal mit seinem überladenen Prunk und überdimensionierten Lustern ließ architektonisch erahnen, dass hier lange Zeit autoritäre Machthaber am Werk waren. Das Erbe des früheren Regimes scheint sich jedoch keineswegs auf die Architektur zu beschränken. Wenige Wochen vor unserem Besuch hatte sich die Regierungspartei Nida Tounes (der Aufschrei, Ruf Tunesiens) gespalten.

Mehr als drei Jahre waren die zwei größten politischen Parteien, die säkulare Nida Tounes und die islamistische Ennahda mehr als verfeindet gewesen: Nida Tounes war im Juni

2012 als politisches Gegengewicht zur Ennahda gegründet worden, die sich wie die Muslimbrüder in Ägypten anschickten, die ganze Macht im Land zu übernehmen und den säkulareren Konsens Tunesiens auszuhebeln. Die Ennahda wollte dieses offene, aufgeschlossene und tolerante Land Tunesien plötzlich in einen islamischen Staat umfunktionieren, wo Religion zum Mittel der Politik werden und plötzlich alle Bereiche der Gesellschaft dominieren sollte. Dieser Prozess sollte langsam und schleichend erfolgen und zunächst ohne eine Beseitigung formaldemokratischer Elemente. Gleichzeitig sah die Ennahda-Regierung den Gewaltakten radikaler islamistischer Gruppen gegen LinkspolitikerInnen, Frauenvereine und Gewerkschaften tatenlos zu. Nida Tounes wurde zum Sammelbecken für all jene, die die Macht der Ennahda, die als Ableger der Moslembrüder gilt, brechen wollten, ihren Einfluss im Land zurückgedrängt sehen wollten.

Nida Tounes erhielt anfänglich großen Zulauf von Menschen, die sich erstmals politisch engagierten, um die Republik Tunesien vor den Islamisten zu bewahren und zu beschützen. Bei den Wahlen im Oktober 2014 gelang Nida Tounes, was keinem anderen Land nach dem arabischen Frühling gelungen war: die Islamisten in einer freien demokratischen Wahl zurückzudrängen. Mit fast 40 % der Stimmen wurde Nida Tounes stärkste Kraft und verwies Ennahda, die ein Viertel ihrer Stimmen einbüßte, auf Platz 2 während die Islamisten beinahe 10 % verloren und auf 30 % zurückfielen.

KAMPFABSTIMMUNG

Beim Staatsbankrott wurden nun der vor wenigen Wochen in einer Kampfabstimmung zum Nida Tounes-Parteichef gewählte Hafeth Essebsi, Sohn des Präsidenten, der die Partei Nida Tounes in einem Machtkampf vor ein paar Wochen noch übernommen hatte und Rachid Al Ghannouchi, der Führer der Ennahda-Partei am gleichen Tisch platziert. Was als harmloser Akt politischer Etikette oder sogar der nationalen Versöhnung betrachtet werden kann, ist tatsächlich ein Akt mit hohem symbolischen Wert: Noch vor einem Jahr wäre das kaum denkbar gewesen.

Doch die Machtkämpfe und die Spaltung der Nida Tounes haben eine Verschiebung der politischen Schwerpunkte und Kräfteverhältnisse offenbart. Der bislang politisch kaum in Erscheinung getretene Sohn des Präsidenten, Hafeth Cair Essebsi, wurde als politische Führungspersonlichkeit aufgebaut

und übernahm in einer Kampfabstimmung die Parteiführung gegen den bisherigen Generalsekretär Mohsen Marzouk. Marzouk vertrat nicht nur eine strikte Anti-Ennahda-Linie, sondern kritisierte auch Korruption und Vetternwirtschaft.

32 der rund 86 Abgeordneten verließen die Partei. Doch bereits davor hatte die Regierung eine Verständigung mit Ennahda gesucht und einen Ausgleich mit der islamistischen Partei gefunden. Der »pragmatische« Flügel hat keine Hemmungen vor einer engeren Zusammenarbeit mit den Islamisten. Der Marzouk-Flügel wirft ihnen dabei vor, v.a. eigene wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Hier spielt auch die nicht unproblematische Zusammensetzung der als Sammlungsbewegung gegründeten Nida Tounes mit. Denn neben liberal-demokratischen, gewerkschaftsnahen und linken Kräften wurden auch Teile der Partei des früheren Diktators Ben Ali in das Bündnis gegen den Islamismus integriert.


ALTE ELITEN

Das Marzouk-Lager vermutet in der Aussöhnung der neuen Führung der Nida Tounes mit der Ennahda einen politischen Deal, um die Privilegien der alten Eliten der Ära Ben Ali zu bewahren. Die Ennahda, deren Einfluss in der Regierung nach den Wahlen im Oktober 2014 äußerst begrenzt war, droht nun ihre Position stärken zu können. KritikerInnen sehen die Sicherung von wirtschaftlichen Pfründen und die Wahrung der Geschäftsinteressen der alten Eliten als treibende Kraft für diese Zusammenarbeit.

Um im Machtkampf in der Regierungspartei den Ausschlag zu Gunsten seines Sohnes zu geben, musste sich der Präsident persönlich einschalten. Dies droht auch dem Ruf dieser an sich sehr angesehenen Persönlichkeit Schaden zuzufügen und bietet Anlass für den Vorwurf des Nepotismus. Gleichzeitig versuchen islamistische Terroristen auch weiterhin, das Land zu destabilisieren.

Vor diesem Hintergrund trifft es zweifelsfrei zu, dass die Ankurbelung der tunesischen Wirtschaft, die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung der Armut oberste Priorität hat. Es liegt auch im Interesse der Europäischen Union, durch entsprechende Unterstützung die soziale Lage in Tunesien zu unterstützen. Auch für die Linke und die Gewerkschaftsbewegung bieten sich in Tunesien starke Akteure im politischen System und in der Zivilgesellschaft an, mit denen

die Zusammenarbeit lohnt: Im Unterschied zu vielen anderen arabischen Ländern bestehen konkrete Anknüpfungspunkte, um die demokratischen Kräfte zu stärken und einem Abrutschen des Landes in Korruption und Islamismus entgegen zu wirken.

Welche Spielräume dafür bestehen, kann am 2. März auch in Wien diskutiert werden, wenn der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes, der der Friedensnobelpreis verliehen wurde, unter der Moderation der ehemaligen österreichischen Botschafterin in Tunesien, Gabriele Matzner, im öGB-Haus über Perspektiven und Entwicklungen in der arabischen Welt diskutiert. 

MUNA DUZDAR

ist Rechtsanwältin in Wien und ist als Gemeinderätin
Vorsitzende des Ausschusses für europäische
und internationale Angelegenheiten im Wiener Gemeinderat.



Jeff Mermelstein

Sidewalk, 1995

© Jeff Mermelstein / Leica Camera AG



Jeffrey Silverthorne

Woman with Lace #1, aus der Serie »Boystown«, Nuevo Laredo 1990

© Jeffrey Silverthorne

Salafisten, Balkanroute & Klassenkampf



Dominic Musa Schmitz ICH WAR EIN SALAFIST

Dominic Musa Schmitz konvertierte als 17-Jähriger zum Islam und war tief in den Zirkeln der deutschen Salafisten-Szene verankert. Mit professioneller Propaganda warb er neue Anhänger, einige seiner Brüder kämpften für den »Islamischen Staat«. In seinem Buch erzählt Dominic Musa Schmitz, wie er die Zeit in Salafisten-Kreisen erlebte: geprägt von Hass, bigotter Heuchelei und dem unbedingten Willen zum Gehorsam.
ECON VERLAG, 256 Seiten, 18,50 Euro



Philippe Buc HEILIGER KRIEG

Der Historiker Philippe Buc untersucht, wann und unter welchen Bedingungen Konflikte christlich geprägter Gesellschaften zu manichäischen Kriegen wurden, zur Konfrontation von Gut und Böse. Die theologisch motivierte Legitimation von Terror und Krieg lädt Konflikte nicht nur auf, sie erschwert oder verhindert auch die Möglichkeiten von Friedensschluss und Versöhnung.

PHILIPP VON ZABERN VERLAG, 432 Seiten, 41,10 Euro



Navid Kermani EINBRUCH DER WIRKLICHKEIT

Mit 12 Fotografien von Moises Saman und 1 Karte. Zu Fuß, in Bussen, Gefängniswagen oder Sonderzügen zieht ein langer Flüchtlingstreck von der griechischen Insel Lesbos in Richtung Deutschland. Navid Kermani war im Herbst 2015 auf dieser »Balkanroute« unterwegs. In seiner Reportage berichtet er davon, warum die Welt der Krisen und Konflikte, die wir weit vor den Toren Europas wähten, plötzlich auch unsere Welt ist.

C. H. BECK VERLAG, 96 Seiten, 10,30 Euro



Slavoj Žižek DER NEUE KLASSENKAMPF

Aus dem Englischen von Regina Schneider. Europa steht am Scheideweg. Die eigentliche Bedrohung unserer westlichen Gesellschaftsform besteht in der Dynamik des globalen Kapitalismus. Das bedeutet: Wir müssen unsere westlichen Werte unbedingt verteidigen und uns zu diesem Zweck von realitätsfremdem Empathiedenken befreien und fremden Kulturen reell gegenüber treten, um mit ihnen koexistieren zu können.
ULLSTEIN VERLAG, 96 Seiten, 8,30 Euro



Ta-Nehisi Coates ZWISCHEN MIR UND DER WELT

Aus dem Amerikanischen von Miriam Mandelkow. Wenn in den USA schwarze Teenager von Polizisten ermordet werden, ist das nur ein Problem von individueller Verfehlung? Nein, denn rassistische Gewalt ist fest eingewebt in die amerikanische Identität – sie ist das, worauf das Land gebaut ist. Afroamerikaner besorgten als Sklaven seinen Reichtum und sterben als freie Bürger auf seinen Straßen.

HANSER BERLIN, 240 Seiten, 20,50 Euro



Florian Grotz, Dieter Nohlen (Hg.) KLEINES LEXIKON DER POLITIK

Dieses »kleine« und gleichwohl umfassende Lexikon der Politik wendet sich an einen breiten Benutzerkreis. Alle beruflich mit Politik befassten Leserinnen und Leser werden es als kompaktes und zuverlässiges Nachschlagewerk ebenso zu schätzen wissen wie jeder politisch Interessierte. Mehr als 300 Beiträge informieren über zentrale politische Begriffe. Für die 6. Auflage wurde es gründlich überarbeitet und aktualisiert.

C. H. BECK VERLAG, 799 Seiten, 19,50 Euro

Unglück, Liebe & Freiheitskampf



Boris Vian
DER SCHAUM DER TAGE

Aus dem Französischen von Antje Pehnt. Eine zarte, surreale Liebesgeschichte. Sie zählt in Frankreich zu den hundert wichtigsten Romanen. Der junge Dandy Colin widmet sich den schönen Dingen des Lebens. Auf einem Fest lernt er die schöne Chloé kennen – und verliebt sich unsterblich. Ihre Hochzeit feiern sie mit einem rauschenden Fest, doch das Glück ist nicht von Dauer.

KARL RAUCH VERLAG, 220 Seiten, 20,60 Euro



Milena Busquets
AUCH DAS WIRD VERGEHEN

Aus dem Spanischen von Svenja Becker. Ihre Mutter ist tot, und Blanca fährt nach Cadaqués, auf den Sommerfamiliensitz am Meer. Beide Exmänner sind da, die gemeinsamen Kinder, Freundinnen, der Geliebte, sie alle füllen das Haus mit Leben. Es wäre alles wie immer – würde die verstorbene Mutter ihr nicht auf Schritt und Tritt begegnen und Blanca dazu zwingen, sich zu einer folgenreichen Einsicht durchzuringen.

SUHRKAMP VERLAG, 170 Seiten, 20,60 Euro



Alexander Ilitschewski
DER PERSER

Aus dem Russischen von Andreas Tretner. Ilja, der Erdölexperte, trifft seinen Schulfreund Chaschem wieder, einen Ornithologen, der im Naturschutzgebiet Schirwan an der iranischen Grenze eine Falkenkolonie bewacht. Der gebürtige Perser wirkt auch als Künstler, Heiler und tanzender Derwisch. Seine Aura, seine Energie ziehen Ilja in Bann. Chaschems Lebensweise stellt seine eigene Existenz in Frage.

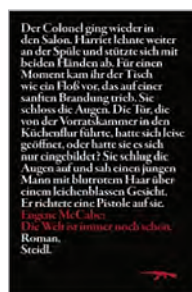
SUHRKAMP VERLAG, 750 Seiten, 37,10 Euro



Andor Endre Gelleri
DIE GROSSWÄSCHEREI

Aus dem Ungarischen von Timea Tanko. In der Wäscherei arbeiten Waschfrauen und Heizer, Färbejungen und Bügelmädchen, Vorarbeiter und Hausierer, die alle von einem besseren Leben träumen. Doch vorerst fügen sie sich in den Arbeitsablauf in der Wäscherei, um ihre Existenz zu sichern. Die Wäscherei ist wie ein Bienenstock, mit dem Besitzer Jenó Taube als Herrscher.

GUGGOLZ VERLAG, 221 Seiten, 22,60 Euro



Eugene McCabe
DIE WELT IST IMMER NOCH SCHÖN

Aus dem Englischen von Hans-Christian Oeser. Ein lauer Sommerabend, ein idyllischer Landsitz, eine blutige Geiselnahme. Die Täter: heldenhafte Freiheitskämpfer für die einen, skrupellose Terroristen für die anderen. Angeführt von Martin Leonard, dem wortkargen Strategen, dringen sie in das vornehme Haus ein – die schöne Isabel Lynam, die tiefgläubigen Brüder McAleer und der fanatische Killer Jack Gallagher.

STEIDL VERLAG, 136 Seiten, 16,50 Euro



Ben Lerner
22:04

Aus dem Englischen von Nikolaus Stingl. Der Held von Ben Lerner Roman ist ein Brooklyner Schriftsteller namens Ben, der einen frechen, von der Kritik gefeierten Erstling über sein junges Leben publiziert hat und nun auf größere Erfolge hoffen darf. Bei einer Wurzelbehandlung findet sein Zahnarzt auf dem Röntgenbild Verdächtiges: einen, so bleibt zu hoffen, gutartigen Gehirntumor.

ROWOHLT VERLAG, 320 Seiten, 20,60 Euro

Budget: Falsche EU-Prognosen und richtige Politik

Vor genau einem Jahr, im Februar 2015, wiederholte sich ein bekanntes Ritual: Die Europäische Kommission prognostiziert für Österreich ein hohes Budgetdefizit, das über den europäischen Vorgaben liegt: Für 2015 wurde ein gesamtstaatliches Budgetdefizit von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung vorhergesagt, der strukturelle, um Konjunktur und Einmaleffekte bereinigte, Saldo werde ein Prozent des BIP betragen. Die Bundesregierung müsse deshalb dringend zusätzliche Sparmaßnahmen ergreifen. Zwölf Monate später müssen die Prognosen, wie schon in allen Jahren zuvor, merklich revidiert werden: Das Defizit für das vergangene Jahr lag laut Europäischer Kommission doch nur bei 1,6 Prozent des BIP, der strukturelle Saldo bei 0,3 Prozent und damit unter den europäischen Vorgaben.


Es wird noch die eine oder andere Revision der Prognosen notwendig sein bis die Kommission bei der Realität angekommen ist: Das Defizit des öffentlichen Sektors dürfte 2015 bei 1,4 Prozent des BIP gelegen sein, dabei ging knapp die Hälfte auf Kosten der HETA, der Abbaugesellschaft der Hypo Alpe Adria zurück. Der strukturelle Budgetsaldo dürfte selbst nach den extrem restriktiven Berechnungsregeln der Kommission bei null liegen, deutlich unter den Vorgaben.

In diesen Zahlen, Prognosen und Revisionen spiegelt sich die einseitige Ausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik. Nicht die lahme Konjunktur, die hohe Arbeitslosigkeit oder die zunehmende Ungleichheit bereitet den europäischen Instanzen Sorgen. Im Mittelpunkt steht der Abbau von Budgetdefiziten und Staatsschulden, möglichst über eine Kürzung von (Sozial-) Ausgaben und ohne Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher oder sozialer Folgen.

Gleichzeitig zeigen die Daten einen insgesamt doch beeindruckenden Erfolg der österreichischen Wirtschaftspolitik: Das strukturelle Budgetdefizit lag 2010 in Folge der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise noch bei 3½

Prozent des BIP, etwa zehn Milliarden Euro. Innerhalb von nur fünf Jahren wurde es auf null reduziert. Ohne Zweifel hat die Budgetkonsolidierung die Konjunktur beeinträchtigt und den Spielraum für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingeengt. Doch in diesem Zeitraum war die Wirtschaftsentwicklung Österreichs insgesamt günstiger als jene der Eurozone.

Dieser Konsolidierungserfolg gelang auch deshalb, weil die Bundesregierung den Empfehlungen und Forderungen der europäischen Instanzen nicht Folge leistete. Statt rasch, kräftig und vor allem durch Kürzungen bei Personal- und Sozialausgaben zu sparen, bemühte sich die österreichische Politik um Ausgewogenheit: die Konsolidierung erfolgte schrittweise und maßvoll, Steuererhöhungen machten etwa die Hälfte der Maßnahmen aus. Dadurch wurde der dämpfende Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gering gehalten und auch die Besserverdiener und Vermögenden mussten ihren Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen leisten.

Für 2016 prognostiziert die Kommission neuerlich schlechte Budgetzahlen für Österreich: Das gesamtwirtschaftliche Defizit werde steigen, das strukturelle Budgetdefizit sogar auf ein Prozent des BIP. Auf Basis der bisherigen Erfahrungen gilt es die Kirche im Dorf zu lassen. Die noch nicht vollständige Gegenfinanzierung der Einkommensteuersenkung kann durchaus zu einer vorübergehenden Überschreitung des Defizitziels führen, sie wird aber geringer ausfallen als von der Kommission vorhergesagt. Gleichzeitig sollte sie akzeptiert werden und keine zusätzlichen Sparmaßnahmen auslösen, die nur die Konjunkturerholung gefährden und die Arbeitslosigkeit weiter erhöhen würden. In den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik muss jetzt endlich die Bekämpfung der Rekordarbeitslosigkeit rücken. 

MARKUS MARTERBAUER

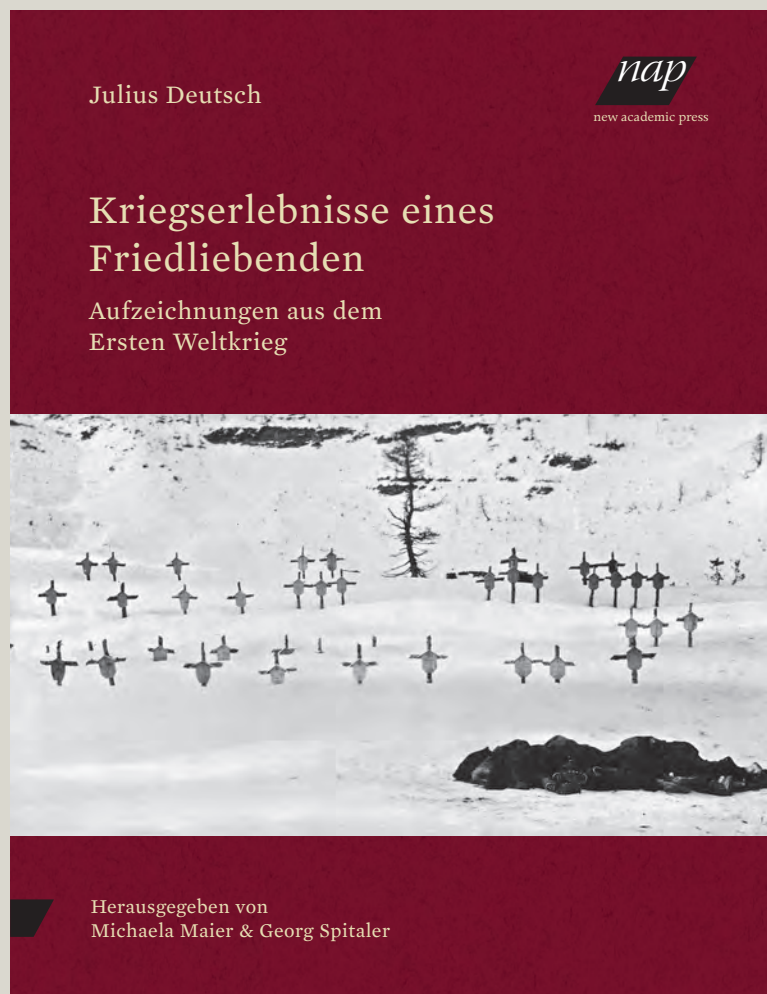
leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien
und bloggt auf blog.arbeit-wirtschaft.at

Im Zuge von Recherchen zum Ersten Weltkrieg sind die Herausgeber Michaela Maier und Georg Spitaler auf das unbekannte Typoskript von Julius Deutsch „Kriegserlebnisse eines Friedliebenden“ gestoßen.

Die Aufzeichnungen umfassen den Zeitraum von 1915 bis Ende 1916, einer Zeit, in der Julius Deutsch als Artilleriebeobachter an vorderster Front steht. Er hält seine Erfahrungen als Artillerieoffizier fest und zeichnet, als sozialdemokratischer Parteisekretär und kritischer Augenzeuge, ein auch literarisch beeindruckendes Bild des Ersten Weltkriegs. Changierend zwischen soziologisch-philosophischen Beschreibungen des Kriegsalltags und politischen Überlegungen eröffnen diese Erinnerungen Einblicke in einen vielschichtigen inneren Diskurs.

In einem Aufsatz über das „Innere Kriegserleben“ setzt sich Julius Deutsch mit der Frage auseinander, wie man über den Krieg schreiben soll. Deutsch schlägt statt der üblichen Heroisierung eine „Kleinmalerei des Krieges“ vor, die diesem Erleben gerecht wird, und formuliert damit schon eine Gegenposition zu Ernst Jüngers 1920 veröffentlichten „Stahlgewittern“, einem Schlüsseltext des Präfaschismus. Der vermutlich zur gleichen Zeit entstandene Text „Kriegserlebnisse eines Friedliebenden“ kann als Deutschs Versuch gelesen werden, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Das bisher unveröffentlichte Typoskript ist nicht nur ein bedeutender archivalischer Fund, sondern erweist sich als außergewöhnliche Quelle zur politischen Biografie von Julius Deutsch, der in der Ersten Republik u.a. als Obmann des Republikanischen Schutzbundes zu einem der wichtigsten Akteure der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) aufstieg.



Julius Deutsch

Kriegserlebnisse eines Friedliebenden

Aufzeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg

Hrsg. von Michaela Maier und Georg Spitaler

192 Seiten, Hardcover

22,50 x 15,50 cm

ISBN 978-3-7003-1945-0

EUR 29,90

U4: Eigeninserat